



*Zeiten*WENDE

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten



Konflikte, Krisen, Katastrophen

Ein Rückblick auf die vergangenen Monate

Interne Hinweise, Veranstaltungstermine3

Tierrechte und Tierschutz

Der Dioxinskandal	4
Aktionsbündnis „Jagdfreie Natur“	5
Es gibt keinen Konflikt mit der „Religionsfreiheit“	6
Der Verstand in der Krise	8
Brandheiße Konflikte	9

Politik

Atomausstieg	10
Die Regierung in der Krise	11
Konflikttherde	13
Wer bitte befindet sich in der Krise?	14
Die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika	15
Das „Botswana-Projekt“ Teil 2	16

Umweltschutz

Erst Indonesien, jetzt Kamerun!	17
Das Katastrophenland Japan	18
Das „Killer-Bakterium“	19

Aktionen im Fokus

Wir haben es satt!	20
--------------------------	----

Lebensstil

Eine Frau namens Helga Huf	21
Sie sind von uns gegangen... ..	22

Essays und Ethik

Die Macht des gedruckten Wortes	23
---------------------------------------	----

Internes

Funktionsträger, Kontakt-Adressen, Info-Material	24
Landesverbände in Aktion	26
Reden wir offen miteinander	30
Wahlerfolge 2011	31

Verschiedenes

Literaturempfehlungen	32
Einkaufsempfehlung, veganes Rezept, Impressum	33
Leser/innenbriefe	34

Aktuelles in letzter Sekunde

Über Damen, die ins Gerede gekommen sind... ..	35
--	----

Positiv-Nachrichten	36
---------------------------	----



Liebe Mitglieder und Interessenten,

zuerst möchte ich mich bei Ihnen dafür entschuldigen, dass Sie auf diese Ausgabe der ZeitenWENDE so lange warten mussten. Leider waren die maßgeblichen Mitarbeiter/innen im Redaktionsteam, die bekanntlich auf Bundesvorstandsebene vielfältige Funktionen erfüllen, mit wichtigen Arbeiten (Überarbeitung der Satzung, der satzungsrelevanten Ordnungen und Partei-Aktivitäten in Bremen, Hamburg, Bayreuth, Braunschweig u.v.m.) beschäftigt, die nicht aufgeschoben werden konnten.

Diese ZeitenWENDE beschäftigt sich – wie aus dem Titel hervorgeht – mit den vielen Konflikten, Krisen und Katastrophen, die seit Jahresbeginn für Schlagzeilen in Presse und Fernsehen sorgten. Das Jahr 2011 wird als Krisenjahr in die Geschichte eingehen – so viel steht heute schon fest.

Dass sich der Verstand – vor allem der von Politikern – in einer Krise befindet, erfahren Sie auf Seite 7 in dem Beitrag über die Novellierung des hessischen Landesjagdgesetzes. Warum sich Konflikte zwischen Tierrechtlern und Tierausbeutern zu „brandheißen Angelegenheiten“ entwickeln können, erklärt Sabine Jedzig in ihrem Beitrag auf Seite 8. Selbstverständlich gehen wir auch auf die sogenannte Euro-Krise ein, die unserer Meinung nach mit dem Schuldengipfel in Brüssel Mitte Juli nicht beendet wurde, sondern weiterhin wie ein Damoklesschwert über der Europäischen Union schwebt.

Dass sich die Justiz auch in einer Krise befindet, zeigen die skandalösen Schächterurteile des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig (2006), des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe (2009) und aktuell das Schächterurteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes in München im Juli dieses Jahres. Da wir diese Fehlurteile nicht hinnehmen können, weisen wir besonders auf unsere „Kampagne gegen betäubungsloses Schächten und Akkordschlachten“ auf Seite 6 und 7 hin und bitten Sie darum, sich aktiv in diese Kampagne einzubringen.

Wir berichten über die Krisenherde auf dem „schwarzen Kontinent“ – über die Demokratiebewegung seit Jahresbeginn in Nordafrika, über die humanitäre Katastrophe in Somalia, Äthiopien und Kenia und über die Naturkatastrophen durch Menschenhand in Botswana und Kamerun.

Negative Ereignisse können auch etwas Positives bewirken, wenn man daraus Lehren zieht. Ob sich dies bewahrheitet, wird die Zukunft zeigen. Wie es aber heute aussieht, müssen wir wohl oder übel mit Konflikten, Krisen und Katastrophen leben. Und sie werden nicht weniger werden. Es gibt leider kaum Anzeichen dafür, dass die Menschheit aus ihren Fehlern lernt. Wir müssen also davon ausgehen, dass der bekannte Ausspruch „Die Menschheit lernt nur aus Katastrophen!“ des Physikers, Philosophen und Friedensforschers Carl Friedrich von Weizsäcker ein frommer Wunsch bleiben wird.

Trotz dieser pessimistischen Einschätzung wird die Partei Mensch Umwelt Tierschutz im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, zu retten, was zu retten ist. Aber dies dürfte nur dann gelingen, wenn wir innerparteiliche Konflikte, die besonders an den Kräften zehren, vermeiden und mit vereinten Kräften die vor uns liegenden Aufgaben angehen. Dafür werden auf dem kommenden Bundesparteitag am 15. Oktober mit der Wahl eines neuen Bundesvorstandes die Weichen gestellt.

Ich würde mich sehr freuen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Es gibt keinen Konflikt mit der „Religionsfreiheit“



LV Baden-Württemberg

Monatlicher offener Gesprächs- und Aktionskreis: Von 18:30 bis ca. 21:00 Uhr im Forum 3 - Café (Bücherstube), Stuttgart, Gymnasiumstr. 19 - 21. Wegen wechselnder Termine bitte bei der Landesgeschäftsstelle (Tel. 07166-1480) oder über www.tierschutzpartei-bw.de anfragen.

LV Bayern

Kontaktmöglichkeit: Christine Engelschall, Tel. 089 - 25548801 (werktags von 10:00 bis 18:00 Uhr), E-Mail: christine-engelschall@tierschutzpartei.de.

LV Berlin

Informationstreffen jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr. Ort: Rathaus Wilmerdorf, Fehrbelliner Platz 4, Raum 1141. Weitere Infos über berlin@tierschutzpartei.de.

LV Brandenburg

Kontaktmöglichkeit: Kenneth Ehlers, Tel. 03361 - 307610; E-Mail: kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de.

LV Hamburg

Kontaktmöglichkeit: Bettina Jung, Tel. 04165 - 224859; E-Mail: bettina-jung@tierschutzpartei.de.

LV Hessen

Kontaktmöglichkeit: Erna Mayer, Tel. 06434 - 906328, oder Bundesgeschäftsstelle, bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de.

LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331 - 904525; E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de.

KV Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Kontaktmöglichkeit: Hans-Ulrich Adler, Tel. 04223 - 2195; E-Mail: ulrich-adler@tierschutzpartei.de.

LV Nordrhein-Westfalen

Kontaktmöglichkeit: Michael Siethoff, Tel. 02371 - 52330 (werktags ab 20.00 Uhr); E-Mail: michael-siethoff@tierschutzpartei.de.

LV Saarland

Kontaktmöglichkeit: Stefan Eck, Tel. 0681 - 9403207 (werktags von 14:00 bis 16:30 Uhr); E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de.

LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit: Bettina Fassl, Tel. 0391 - 56390846, Fax 0391 - 6077283; E-Mail: bettinafassl@aol.com.

LV Sachsen

Kontaktmöglichkeit: Geschäftsstelle des LV Sachsen, Tel. 034346 - 61475, E-Mail: andreas-hantzsch@tierschutzpartei.de.

LV Schleswig-Holstein

Kontaktmöglichkeit: Sascha Bose, Tel. 01577 - 4532357, E-Mail: sascha-bose@tierschutzpartei.de.

LV Thüringen

Kontaktmöglichkeit: Harald v. Fehr, Tel. 03621 - 400766, Fax 03621 - 506611; E-Mail: harald-von-fehr@tierschutzunion.de, Ansprechpartner im „Netzwerk bundesweiter Tierschutz-Notruf“ (0700 - 58585810).

Veranstaltungstermine

World Event To End Animal Cruelty

Für Samstag, den 08. Oktober 2011 sind weltweit Veranstaltungen zum „Tag gegen das Quälen von Tieren“ geplant. In Deutschland soll eine Großdemonstration mit Schlusskundgebung am Brandenburger Tor stattfinden. Infos: michael.c.marx@arcor.de oder Tel.: 030-77008910.

Der 1. November ist Welt-Vegan-Tag!

Anlässlich ihres 50jährigen Bestehens rief die „Vegan Society“ in England im Jahre 1994 den 1. November als Welt-Vegan-Tag aus. Seither gibt dieser Tag weltweit Anlass zu verschiedenen Informationsangeboten und Feierlichkeiten. Im Internet unter www.welt-vegan.de finden alle, die selbst etwas organisieren möchten, genügend Anregungen, wie man den Welt-Vegan-Tag im eigenen Umfeld zu einem Ereignis machen kann.

Tierrechtskongress 2011 in Wien

Vom 08. bis 11. Dezember 2011 findet in Wien der diesjährige Tierrechtskongress statt. Voranmeldungen zur Teilnahme sind notwendig. Weitere Infos siehe Homepage: www.tierrechtskongress.at oder E-Mail: vgt@vgt.at.

Welt-Klima-Aktionstag

Der diesjährige Klima-Aktionstag findet am 24. September unter dem Motto „Moving Planet“ statt. Weltweit wird an diesem Tag mehr Bewegung im Kampf gegen den Klimawandel gefordert. Alle, die am 24. September eine Aktion zum Thema Klimawandel starten möchten, können sich auf der Aktionsseite der Klima-Allianz anmelden: www.nabu.de.

VeggieWorld – Die Messe für nachhaltiges Genießen

Vom 24. bis 26. Februar 2012 öffnet die „VeggieWorldmesse“ wieder ihre Pforten in den Rhein-Main-Hallen in Wiesbaden. Rund 40 Aussteller werden vor Ort sein; es wird mit rund 20 000 Besuchern gerechnet. Auch die Partei Mensch Umwelt Tierschutz wird wieder mit einem eigenen Messestand vertreten sein. Weitere Informationen: www.veggieworld.de.

28. Bundesparteitag

Am 15.10.2011 findet in Frankfurt, Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38, der 28. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz statt, bei dem ein neuer Bundesvorstand gewählt wird. Der Parteitag beginnt um 11.30 Uhr und endet gegen 19.00 Uhr. Weitere Informationen einschließlich der Tagesordnung erhalten Sie wie immer mit der schriftlichen Einladung. Gäste sind herzlich willkommen (vorherige Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle erbeten).



Krisen als Chancen sehen...

Der Dioxinskandal

Anfang Januar 2011 war es einmal wieder so weit: Katastrophenalarm schockiert die Bundesbürger, denn eine neue Hiobsbotschaft macht die Runde – in Eiern wurde das hochgiftige Dioxin entdeckt.

Nicht schon wieder!“ sagen sich diejenigen, die sich noch gut an BSE und Schweinepest erinnern, an Vogelgrippe, Schweinegrippe und Maul- und Klauenseuche, an diverse Kälbermast-Skandale, an giftige Antibiotika im Tierfutter und den Nitrofen-Futtermittelskandal, an Dioxin in Fleisch und Eiern usw.

Alles schon da gewesen! Und für künftige Fälle hier schon einmal das Drehbuch:

- Ein gesetzwidriger Tatbestand wird so lange wie möglich geheim gehalten (Gründe: Profit einstreichen, Imageverlust vermeiden u. a.).
- Es ist keine weitere Verheimlichung mehr möglich. Über Presse, Funk und Fernsehen wird der neue Skandal publik gemacht.
- Hilferufe aus der Bevölkerung werden laut: „Was kann man denn überhaupt noch essen?“
- Die Politiker sind alarmiert, eine Krisensitzung jagt die andere: Durch den drohenden Fleisch- und Eierboykott der Konsumenten steht den Spezies aus der Massentierhalter-Branche ein Profit-Verlust ins Haus, der um jeden Preis verhindert werden muss!
- Jetzt schlägt die Stunde des „Verbrauchers“, dieses nun für unbestimmte Zeit auf

seine Verdauungsfunktionen reduzierten Wesens, das ja unentbehrlich ist für die Entsorgung der anfallenden Fleischmassen und sonstigen verzehrbaren Tier-Produkte. Der „Verbraucher“ wird in Skandal-Krisenzeiten zum Maß aller Dinge.

- Die plötzliche hektische Betriebsamkeit der zuständigen Politiker signalisiert: „Seht, wir tun alles für euch!“. Und um dem Nachdruck zu verleihen, zögert man nicht, „König Konsument“ unschuldige Opfer darzubringen: Immer wieder „vorsorglich“ werden Tausende von sogenannten Nutztieren „gekeult“, auch wenn nur ein einziges unter ihnen infiziert ist. Was kümmert diese „Polit-Täter“ der „vernünftige Grund“, Art. 1 des Tierschutzgesetzes, als – gesetzlich verordnete – Voraussetzung für das Töten eines Tieres.
- Konjunktur hat in solch aufgeregten Zeiten der Beruhigungs-Schlachtruf „Keine Panik!“, sei er berechtigt oder nicht. Beliebt ist auch der Hinweis auf die angebliche Sicherheit durch eingehaltene Grenzwerte, die bekanntermaßen durchweg eine industriefreundliche Handschrift tragen und somit mehr oder weniger wertlos sind.
- Zum Drehbuch gehören auch die obligaten Schuldzuweisungen im Zuge der Auf-

klärung des politischen Versagens bei einem neuen Lebensmittelskandal. Der „Verbraucher“ ist eben auch Wähler, und den muss man sich warmhalten.

- Bevor der ganze Spuk vorbei ist, werden noch wohlfeile Versprechungen gemacht, deren Halbwertszeit jeweils beeindruckend kurz ist.
- Schon geht man wieder zur Tagesordnung über, und alle wissen: Die nächste „Verbraucher-Katastrophe“ kommt bestimmt; es ist nur eine Frage der Zeit.

Womit wir beim diesjährigen Dioxin-Skandal wären, der exemplarisch vor Augen führt, auf welch verschlungenen Pfaden die Futtermittel den Weg in die Tierfabriken finden. Auf diesem Sektor herrscht weitgehende Undurchschaubarkeit – was kriminellen Machenschaften Tür und Tor öffnet.

Die Fakten: Dioxin, diese hochgiftige Verbindung von Chlor und Kohlenwasserstoff, die bei Verbrennungsprozessen entsteht, ist extrem gefährlich, weil es sich im Fettgewebe anreichert, durch seine Langzeitwirkung das Immunsystem angreift und unterschiedliche Erkrankungen zur Folge haben kann, mutmaßlich auch Krebs.

Wie nicht anders zu erwarten, gestaltete

sich auch in diesem Fall die Spurensuche als schwierig. Involviert waren mehrere Unternehmen, im Fokus stand aber in erster Linie der Betrieb Harles & Jentzsch aus Schleswig-Holstein, der zugeben musste, seit Jahren illegal den Futterfetten technische Fette beigemischt zu haben. Er bezog sie aus der Biodiesel-Produktion einer Firma aus dem Emsland, hergestellt aus Altspeisefett (z. B. Frittierfett aus Imbissbetrieben) und bestimmt zur Verwendung als Maschinen-Schmierfett etc. Die Dioxin-Grenzwerte in der hergestellten Mischung wurden um ein Vielfaches überschritten. Bis zu 3 000 Tonnen dieses verseuchten Futterfettes wurde an 25 Abnehmer in insgesamt elf Bundesländern geliefert und an Hühner, Enten und Schweine verfüttert. Aus einem einzigen Betrieb in Nordrhein-Westfalen gelangten etwa 120 000 dioxinbelastete Eier in den Verkauf, und 8 000 Hühner wurden

„gekeult“ – unschuldige Opfer krimineller Profitgier, wie Millionen tierlicher Leidensgenossen vor ihnen.

Eins ist sicher: Es ist das undurchschaubare System der massenhaften Intensivtierhaltung, das immer wieder zu Skandalen auf dem Lebensmittelsektor mit den damit verbundenen Tiertötungs-Exzessen führt. Und die Politiker, in Kumpanei mit den Ausbeutern, sehen nach wie vor keinen Handlungsbedarf für einen Systemwechsel; auch der Aigner-10 Punkte-Plan (Kontrollmechanismen zur Verhinderung zukünftiger Lebensmittelskandale) kann nur als halbherzig bezeichnet werden. Wie soll man denn den Versprechungen Glauben schenken, wenn unter anderem die Gelder für staatliche Kontrollen sogar gestrichen wurden und die Selbstkontrolle der Unternehmen – zumindest bisher – die Regel ist? Kein Zweifel: Die politisch Ver-

antwortlichen machen sich zu Anstiftern krimineller Handlungen, wenn sich nichts Grundlegendes ändert!

Das letzte Wort haben aber dann diejenigen, die nicht länger Teil eines krisenanfälligen und gewalttätigen Systems sein wollen und sich daher einer „unblutigen Ernährungsweise“ zuwenden. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, wozu sicher nicht zuletzt die Tier-Tragödien im Zusammenhang mit der unendlichen Geschichte der Hiobsbotschaften aus der Lebensmittelbranche und dem Agrarsektor beigetragen haben.

Krisen können sich auch ohne unser direktes Zutun zu Chancen wandeln! Aus dieser Perspektive gesehen, wird man es besser ertragen können, wenn der nächste Lebensmittelskandal noch nicht der allerletzte sein wird...

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

Die Kunst ist, ein Mal mehr aufzustehen, als man umgeworfen wird.

Aktionsbündnis „Jagdfreie Natur“

Das „Aktionsbündnis Jagdfreie Natur“, welches Ende 2010 als Initiative des „BAK Jagd“ unserer Partei ins Leben gerufen wurde, ist ein loser Zusammenschluss von Vereinen, Organisationen und engagierten Einzelpersonen mit dem Ziel, gemeinsam durch konsequente Öffentlichkeitsarbeit und durch politisches Agieren und Intervenieren, die Abschaffung der Jagd voranzutreiben.

Gemeinsam haben die Parteimitglieder Harald Hoos von „pro iure animalis“ sowie Kristine Conrad und René Hartje mit ihrer neu gegründeten „Anti-Jagd-Allianz e.V.“ bereits mehrere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durchgeführt.

Die Flugblatt-Kampagne „Rettet die Bambis“, die der BAK Jagd bereits im Dezember 2010 erfolgreich in Bayern durchführte, wurde mit Unterstützung der oben genannten Organisationen in Hessen fortgesetzt. Die Flugblätter wurden an alle Landräte, Landtagsabgeordneten, Forstämter und an 410 Revierförster verschickt. Darüber hinaus wurde das brisante Flug-

blatt in vielen Regionen Hessens verteilt.

Kristine Conrad, die als Kreistagsabgeordnete im Landkreis Kassel unsere Partei vertritt, wurde überdies als sachkundige Ansprechpartnerin zum Thema Jagd vom hessischen Landtag gebeten, zum neuen Gesetzentwurf des Landesjagdgesetzes eine schriftliche Stellungnahme einzureichen. Zusammen mit Harald Hoos nahm sie die Herausforderung an und beide konzipierten 21 Seiten, in denen die Themen Haustier-Abschuss und Fallenjagd besonders kritisch beleuchtet wurden. Kristine Conrad nutzte zusätzlich ihre Kontakte im Kreistag, um die Abgeordneten, die zugleich im hes-

sischen Landtag vertreten sind, mit den AJN-Broschüren über die Fallenjagd und den Haustier-Abschuss zu informieren. Skandalöserweise wurde die Gesetzesnovellierung wieder einmal nur ein Gesetz für die Jäger - und nicht für die Tiere (siehe Artikel „Der Verstand in der Krise“).

Doch wie bereits Winston Churchill sagte: „Die Kunst ist, ein Mal mehr aufzustehen, als man umgeworfen wird“, und deshalb waren die Jagdgegner unserer Partei gemeinsam mit dem Vorsitzenden Stefan Eck beim WUZZDOG-Festival am 25.06.2011 in Viernheim, um dort mit Info-Ständen die Bevölkerung über das Thema Jagd zu informieren und das „Aktionsbündnis Jagdfreie Natur“ sowie unsere Partei den über 2000 Besuchern der Veranstaltung vorzustellen.

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



Schächten und Akkordschlachten

Es gibt keinen Konflikt mit der „Religionsfreiheit“

Unsere Kampagne gegen Schächten und Akkordschlachten mit der Forderung der ersatzlosen Streichung des § 4 a Abs. 2, Nr. 2 Tierschutzgesetz (Ausnahmeregelung für bestimmte Religionsgemeinschaften).

Schächten ist in der jüdischen und islamischen Religion vorgeschrieben und wegen der Religionsfreiheit kann man dagegen nichts machen.“ So wird es der Bevölkerung immer wieder eingebläut und das sitzt daher tief in den Köpfen – so tief, dass sogar Tierschutzorganisationen es kaum wagen, öffentlich dagegen zu protestieren.

Jedoch ungeachtet der Warnungen, man könne in die rechte oder antisemitische Ecke gedrängt werden, begann ich (Ingeborg Holst) bereits im Jahr 2000 mit Mahnwachen und Kundgebungen auf dem Stuttgarter Schlossplatz und führte diese Proteste gegen das Schächten 5 Jahre lang jeweils kurz vor dem muslimischen „Opferfest“ durch. Aber auch danach ließ mich das Thema nicht mehr los, obwohl er gerade weil es von Politik und Medien permanent unter den Tisch geschwiegen wurde.

Mein Motto war: „Warte nicht ewig darauf, dass andere etwas tun, tu es selbst.“ So hatte ich es z.B. auch bei der Protestaktion 2009 gegen das „Robbenmassaker im Weißen Meer“ gehalten – und der damals erzielte Teilerfolg gab mir Recht.

Der jetzige Entwurf einer Langzeitkampagne gegen Schächten und Akkordschlachten musste wegen der zu erwartenden besonders starken Widerstände auch besonders umfangreich angelegt werden. Diesem Projekt liegt ein 30-Punkte-Plan zugrunde, der allerdings nur so weit erfüllt werden kann, als sich dafür genügend Mithelfer/innen finden.

Folgende Fakten müssen der Klarheit halber betont werden:

- Schächten ist grausamste Tierquälerei

und muss von jeglicher Religionsvorstellung entkoppelt werden. In keiner der „Heiligen Schriften“ (Tora, Talmud, Koran) ist vorgeschrieben, betäubungslos zu schächten (Kehlschnitt mit einem scharfen Messer bis zur Halswirbelsäule).

- Die Behauptung, ein Tier würde durch das Schächten völlig ausbluten (koscher, halal), ist wissenschaftlich nicht haltbar und widerlegt.
- Die Tiere sind nicht, wie oft behauptet, sofort nach dem Kehlschnitt bewusstlos. Laut unserem Mitglied Wolfgang Penzler, der in einer „Undercover-Aktion“ das Schächten von Tieren im Schlachthaus des Metzgers Rüstem Altinküpe im hessischen Aßlar miterlebte, dauerte der Todeskampf der Schafe bis zu 13 Minuten!
- Die sogenannte reversible Elektro-Kurzzeitbetäubung wird zwar als „Tier-schonend“ empfohlen, es ist aber erwiesen, dass die Tiere häufig zu früh aus der Kurzzeitbetäubung aufwachen und das Grauen der Schächtung bei lebendigem Leibe erleben. Aus Tierschutzgründen kann also auch diese Methode keinesfalls befürwortet werden.

Zweifellos sind die Hürden, die beim Thema Schächten zu überwinden sind, besonders hoch, zumal es trotz gegenteiliger Beweise von höchsten Gerichten mit dem Begriff Religion in Verbindung gebracht wird.

Im Gegensatz dazu ist das Akkordschlachten nicht mit tief sitzenden Vorurteilen verbunden, aber unser Einsatz gegen das Schlachten ohne Betäubung ist nicht weniger aufreibend. Profitgier auf der einen Seite und exzessiver Fleischverzehr auf der

anderen haben zur Folge, dass immer mehr Tiere in immer kürzerer Zeit geschlachtet werden und den Schlachtvorgang unbetäubt erleiden müssen. Und all dies ungeachtet der Tatsache, dass es sich um hochschmerzempfindliche Lebewesen handelt.

Es gehört zu den Defiziten einer „Tiervergessenen“ Politik, dass derartige unhaltbare Zustände wie selbstverständlich hingenommen werden! Umso wichtiger ist es, den Protest gegen eine der schlimmsten Tierquälereien in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir dürfen nicht zusehen, wenn der in Artikel 20 a des Grundgesetzes garantierte Tierschutz durch die immer noch gängige Nichtbeachtung zur Farce verkommt!

Unsere eigens für die Kampagne eingerichteten Internetseiten „www.kampagnenbuendnis.de“ stehen online. Beteiligen Sie sich bitte am Unterschriften-Sammeln (Formular auf Seite 7) und an weiteren Aktionen (Hinweise auf der Kampagnenseite).

Wir sind der Überzeugung: Wer Tieren helfen will, darf auch einem angeblichen Konflikt im Zusammenhang von Schächten und „Religionsfreiheit“ nicht aus dem Wege gehen!

Ingeborg Holst

Vorsitzende des LV Baden-Württemberg



**Wir fordern das generelle Verbot des betäubungslosen Schächtens
und des tierquälerischen Schlachtens im Akkord.**

Der § 4a Abs.2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes muss ersatzlos gestrichen werden!

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich diese Forderung.

Name, Vorname	PLZ, Ort, Straße	Unterschrift



Das neue hessische Landesjagdgesetz berücksichtigt laut Walter Arnold (jagdpolitischer Sprecher der CDU) Wild, Wald und Flur gleichermaßen. Diese substanzlose Floskel hätte er sich sparen können, denn was vor allem berücksichtigt wird, sind die Interessen der Jäger. Für die Tiere ist keine Verbesserung durch die Novellierung zu verzeichnen. Aber alles ist ja eine Frage der Auslegung – beziehungsweise des Verstandes – und der setzt bei Schwarz-Gelb aus, wenn ihre Klientel betroffen ist, seien es Unternehmer oder gutbetuchte Jagdliebhaber. Kein Wunder, dass das neue Gesetz im Wesentlichen also nur die einseitigen Forderungen des Landesjagdverbandes Hessen beinhaltet.

Für manche Tierarten hat die Novellie-

der 1990er Jahre vor allem im Rhein-Main-Gebiet zunehmend ausbreiten und vermehren, wurde für sie eine Jagdzeit vom 01. September bis zum 15. Januar eingeführt.

Das Nachtjagdverbot wurde ebenfalls gelockert. Aber gerade diese Regelung hätte in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben müssen, da bei nächtlicher Jagd das präzise Erlegen eines Tieres nicht gewährleistet ist. Die Anzahl von schwer verletzten, angeschossenen Tieren in Wald und Flur wird also steigen. Tierschutz im hessischen Landesjagdgesetz – Fehlanzeige!

Doch das ist noch lange nicht alles, was das neue Gesetz zu bieten hat. Der Fuchs, Waschbär und Marderhund erhalten keine geregelte Schonzeit, Jagdhunde dürfen

rungrwünschen der Damen und Herren im grünen Loden nahezu uneingeschränkt entsprochen. Dass die Novellierung die Staatszielbestimmung „Tierschutz“ (Art. 20a) geradezu mit Füßen tritt, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Tierschutzgesetzes und das gewachsene Bewusstsein für Tier- und Naturschutz in unserer Gesellschaft unbeachtet blieben, schien die Landesregierung nicht weiter zu stören, und so wurden auch die Anträge der Grünen, der SPD sowie die Stellungnahmen von Tierschutzorganisationen vom Tisch gefegt. Schwarz-Gelb hat schließlich in Hessen noch das Sagen. Das Leiden von Wild- und Haustieren, die Jahr für Jahr den Jägern zum Opfer fallen, ist für die hessische Landesregierung ohnehin

Die Novellierung des hessischen Landesjagdgesetzes

Der Verstand in der Krise

Die Novellierung des hessischen Landesjagdgesetzes: Haustier-Abschuss und Fallenjagd bleiben... und es wird noch schlimmer!

rung sogar zu einer Verschlechterung geführt, wie beispielsweise für den Dachs. Nach dem alten Landesjagdgesetz konnte er vom 01. August bis zum 31. Oktober bejagt werden. Mit dem neuen Gesetz wurde die Jagdzeit vom 01. Juli bis zum 31. Januar festgelegt. Als Begründung heißt es im Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP: „Unter Beachtung des Bejagungsverbot von zur Aufzucht notwendigen Elterntieren ist ein früherer Beginn der Jagdzeit möglich. Der Dachs hält im Winter eine sogenannte Winterruhe, ist aber in milden Wintern durchaus öfter aktiv. Einer Verlängerung der Jagdzeit steht wildbiologisch nichts entgegen.“

Die Nilgänse, die bisher noch nicht in der Jagdzeiten-Verordnung erfasst waren, dürfen jetzt zeitgleich mit der Stockente bejagt werden. Da sich die Nilgänse, wie in der Begründung von CDU und FDP zu lesen ist, seit Anfang

weiterhin legal an lebenden Tieren abgerichtet werden, und der Haustier-Abschuss sowie die Fallenjagd bleiben im hessischen Jagdgesetz erhalten. Ziel einer Gesetzesänderung sollte es eigentlich sein, alle Gesellschaftsschichten, die durch dieses Gesetz betroffen sind, zu beachten. Doch die Mehrheit im hessischen Landtag besteht nun einmal aus einer jägerhörigen CDU und FDP, und daher wurde den Ände-

nicht von Belang. Die Tiere und das Gros der Gesellschaft bleiben also auf der Strecke. Das Jagdgesetz hat in den letzten 60 Jahren keine nennenswerten positiven Veränderungen in Bezug auf aktuelle wildbiologische Erkenntnisse sowie auf das geltende Tierschutzgesetz erfahren. Insgesamt dient es den Jägern und drängt die Tierschutzbelange in den Hintergrund. Es war vor der Novellierung nicht zeitgemäß und ist jetzt ein erneuter Rückschritt, der alle Tierrechtler auf eine harte Geduldsprobe stellt. Was bleibt, ist das Warten auf die nächste Landtagswahl und die Hoffnung, dann eine Landesregierung vorzufinden, deren Verstand sich nicht in einer Dauerkrise befindet und die ihre Aufgaben in Bezug auf den Tierschutz ernster nimmt als die derzeitige Koalition aus CDU und FDP.

Kristine Conrad
Redaktion
ZEITENWENDE



Aus Ohnmacht und Verzweiflung: Brandanschläge gegen Tiermastanlagen

Brandheiße Konflikte



Im Juli 2010 verübten Unbekannte auf eine „Hähnchen“-Mastanlage in Sprötze (Kreis Harburg) einen Brandanschlag. Die Halle brannte komplett nieder, Tiere kamen nicht zu Schaden, da die Anlage erst vier Wochen später in Betrieb genommen werden sollte. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 500 000 Euro.

Die Polizei konzentrierte ihre Ermittlungen auf Tierrechtler, weil zuvor tagelang vor der Anlage und vor dem Rathaus Tierrechtsdemonstrationen stattgefunden hatten.

Im Vorfeld des Brandanschlags gab es überdies monatelange Proteste von Bürgerinitiativen gegen den Bau eines Mega-Schlachthofes für Geflügel in Wietze (Kreis Celle). Trotz heftiger politischer Diskussionen wurde das Bauvorhaben genehmigt!

Zu dem Brandanschlag bekannte sich die ALF (Animal Liberation Front). Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden – gegen die tierfeindliche Agrarpolitik. In der „Hähnchen“-Mastanlage sollten rund 37 000 Tiere auf engstem Raum eingesperrt und innerhalb von fünf Wochen bis zur Schlachtreife gemästet werden. Intensivtierhaltung pur, Tierquälerei ohne Ende!

Mit dem gesetzwidrigen Anschlag wurde in den Augen der Tierrechtler, um es auf den Punkt zu bringen, ein gut organisiertes wirtschaftliches Verbrechen an Tieren und Natur vorerst verhindert. Die Signalwirkung für Mäster und Politiker ist eindeutig: Tierliebe Menschen greifen in ihrer Hilflosigkeit zum Äußersten; Massentierhaltung und Tierquälerei gehören endlich abgeschafft – auch um weitere Eskalationen zu vermeiden! Unglaublich, aber

wahr, die niedergebrannte Anlage wurde mit finanzieller Unterstützung durch den Geflügel- und Bauernverband sowie den Betreiber des geplanten Mega-Schlachthofes in Wietze, Rothkötter, wieder aufgebaut und mittlerweile in Betrieb genommen.

Tierschützer kennen das Elend der Tiere in der Massentierhaltung. Mit diesem Wissen zu leben, macht viele krank. Sie sind es leid, mit Bittschreiben, Petitionen und Demonstrationen von der Politik nicht ernst- und wahrgenommen zu werden. Es war absehbar, dass nach all den vergeblichen legalen und friedlichen Protesten andere Formen der Befreiung der Tiere – aus Ohnmacht und Verzweiflung geboren – in Betracht gezogen und umgesetzt würden.

Am 16. Juli 2011 verübten Unbekannte einen erneuten Brandanschlag – diesmal auf eine im Bau befindliche Mastanlage für fast 85 000 Tiere in Alvesse. Der Schaden beläuft sich auf mindestens eine halbe Million Euro. Es ist zu befürchten, dass auch diese „Tier-KZ-Anlage“ wieder aufgebaut wird. Im Bekenntschreiben heißt es: „Legalere Proteste sowie eine Besetzung der Baufläche konnten den Bau der Anlage nicht stoppen, weswegen wir uns für diese Aktionsform entschieden haben.“

Als „höchst verabscheuungswürdig“ bezeichnete dagegen Landvolk-Präsident

Werner Hilse den Brandanschlag. „So eine Tat ist ein Verbrechen und darf in einem Rechtsstaat nicht passieren.“

Nun ist vor allem der Gesetzgeber gefragt, denn es ist ein Verbrechen, Tiere zu quälen und zu töten, und jeder, der davon in irgendeiner Weise profitiert, ist für die Brandanschläge indirekt mitverantwortlich. Es wäre zu wünschen, dass die Betreiber jener Mastanlagen aus den brandheißen Konflikten ihre Lehren ziehen und umdenken. Denn so, wie vor 150 Jahren Menschen das Gesetz brachen und als mutige Menschenrechtler in die Geschichte eingingen, weil sie Sklaven befreiten oder die Felder der Sklavenhalter in Brand setzten, so wird eine neue Generation von Menschen in nicht allzu ferner Zukunft jener „militanten“ Tierrechtler gedenken, die heute noch als Brandstifter das Gesetz brechen.

Unsere Partei kann zwar die Beweggründe der Täter nachvollziehen, lehnt aber diese Form des Widerstands als nicht zielführend ab. Wir plädieren für einen gewaltfreien Widerstand. Nur der Gesetzgeber kann der unerträglichen Tierausbeutung ein Ende bereiten. Jeder wahlberechtigte Bürger kann durch seine Stimme für unsere Partei dazu beitragen, auf friedlichem Wege eine Veränderung herbeizuführen.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE

Merkels Wendehals-Politik nach Fukushima

Atomausstieg

Niemand hätte es noch Anfang dieses Jahres für möglich gehalten: Unsere schwarz-gelbe Bundesregierung nimmt von heute auf morgen ihren im vergangenen November gefassten Beschluss zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten zurück.

Das Kind war nämlich in den Brunnen gefallen, zwar nicht hier, sondern im fernen Japan. Da wir dank der Medien in einem „globalen Dorf“ leben, haben auch der letzte Hinterbänkler und der gleichgültigste Wohlstandsbürger begriffen, dass die atomare Energiegewinnung mit unkalkulierbaren Risiken verbunden ist.

Die AKW-Lobby bezichtigte jahrelang die Deutschen gezielt der „Atom-Hysterie“ und verwies des Öfteren auf die fortschrittlichen Japaner mit ihrer Spitzentechnologie, die im Jahr 2010 sage und schreibe 55 Kernkraftwerke sowie 50 Versuchsreaktoren betrieben; zwei Reaktoren waren im Bau und zwölf weitere in der Planung. Auch Angela Merkel ließ sich vor den atomaren Karren spannen und drückte „den Ausstieg aus dem Ausstieg“ auf Biegen und Brechen – gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung – durch.

Doch „Fukushima“ machte der Atom-Industrie einen Strich durch die profitable Rechnung, denn selbst die Kanzlerin hatte begriffen, dass nur eine radikale Kehrtwende ihr politisches Überleben und das ihrer

Koalitionsregierung sicherstellen würde. Sie wechselte quasi im Alleingang und über Nacht die Seiten, lief zur Anti-AKW-Bewegung über und verkündete in der heißgelaufenen Debatte ein Moratorium zwecks Sicherheitsüberprüfung jener Reaktoren, die sie noch einige Monate zuvor als risikolos eingestuft hatte.

Der Kabarettist Dieter Nuhr vermutet, dass die promovierte Physikerin Merkel ihre alten Lehrbücher ausgekramt und festgestellt hat: „Oh ja, die Dinger enthalten Plutonium, Strontium, Cäsium – alles giftig; die sind also doch gefährlich.“

Die Kanzlerin, die beim Beschluss der Laufzeitverlängerung im Herbst die Warnungen und Argumente renommierter Physiker und Umweltverbände in den Wind geschlagen hatte, ging nun auf Nummer sicher. Sie setzte eine Ethik-Kommission aus Professoren der Philosophie, Theologie und Naturwissenschaft ein, die nach dreimonatigem tiefsten Nachdenken zu folgendem Schluss kamen: „Ein atomarer GAU könne auf Jahrtausende oder Jahrmillionen in Europa und anderswo alles

Leben vernichten, die Flächen unbewohnbar und unnutzbar machen – das ist wohl eher unethisch.“ Bezahlt wurde die Ethik-Kommission von den Steuerzahlern, deren gesunder Menschenverstand wahrscheinlich schneller und billiger zum gleichen Ergebnis geführt hätte.

Und tatsächlich – die Koalition beschloss, dem weisen Rat der Ethik-Kommission folgend, im Juli mit Zustimmung der Opposition den endgültigen Ausstieg aus dem atomaren Zeitalter im Jahr 2022. Bündnis90/Die Grünen, die „Linke“ und Verbände wie das Umweltinstitut München plädierten zwar vehement für die Abschaltung im Jahr 2015, was energiewirtschaftlich machbar wäre, aber dies ging der einstigen Atom-Kanzlerin dann doch zu weit.

Wer glaubt, dass man ab dem Jahr 2022 in eine strahlungs- und risikolose Energie-Zukunft blicken könne, ist jedoch auf dem Holzweg. Deutschland ist eingekesselt – bis auf seine Süd-Ost-Flanke (Österreich) – von Atomenergie-Enthusiasten. In dem zusammengewachsenen Europa gibt es zwar für fast alles eine einheitliche Regelung, selbst für den Krümmungswinkel von Salatgurken und Bananen, doch in der existenziellen Frage des Atomausstiegs kocht jeder Staat sein eigenes Süppchen. Frankreich beschloss kürzlich 10 Jahre Laufzeitverlängerung für den 20 Jahre alten und maroden Atom-Meiler im elsässischen Fessenheim – gegen den heftigen Protest aus den Nachbarregionen, die weit stärker gefährdet sind als z. B. Paris. (Die Verfasserin dieses Artikels wohnt in Freiburg im Breisgau, in der neu festgelegten 30-Kilometer-Evakuierungszone.)

Fazit des Super-Gaus in Fukushima: Die Kanzlerin hat aus der Katastrophe ein wenig gelernt, konnte aber die Wahl-Katastrophe für die Parteifreunde in Baden-Württemberg nicht mehr verhindern. Langfristig wollen sich die Japaner ebenfalls – man höre und staune – von der Atomenergie in ihrem erdbebengefährdeten Land verabschieden. Der Atomausstieg bei uns ist beschlossene Sache, aber das „Tschernobyl-Risiko“ einer grenzüberschreitenden atomaren Verseuchung ist nicht gebannt – auch nicht für Deutschland. Und selbst wenn uns in den nächsten 11 Jahren kein Meiler in Europa um die Ohren fliegt, wird weiterhin jede Menge hochgiftiger Atommüll produziert. Nach wie vor weiß niemand, wohin damit.

Franziska Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE





Klientel-Politik und Dilettantismus hinterlassen Spuren – auch im Gesicht

Die Regierung in der Krise

Die Mundwinkel der Bundeskanzlerin zeigen nach unten und sind noch länger geworden. Die Unionsparteien fallen auf ein Jahrestief, auch der Kanzlerbonus ist weg. Angela Merkel würde in einer Direktwahl gegen die SPD-Größen Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier verlieren

Die Ergebnisse der berühmten Sonntagsfrage sind niederschmetternd und zugleich eine Katastrophenwarnung für das bürgerliche Bündnis. Die Forschungsgruppe Wahlen sieht die Union aktuell bei 32 Prozent; es ging seit Jahresbeginn kräftig abwärts. Die FDP fiel von ansehnlichen 15 Prozent vor 2 Jahren in der Wählergunst zwischenzeitlich auf 3 Prozent. Wäre am kommenden Sonntag Bundestagswahl, wäre es heute nicht sicher, ob die Liberalen die 5-Prozent-Hürde schaffen würden. Philipp Rösler grinst penetrant und unablässig – zu jeder pas-

senden und unpassenden Gelegenheit – vor sich hin. Der Vizekanzler und Doktor der Medizin ohne Facharztausbildung nimmt den Niedergang seiner Partei mit asiatischer Gelassenheit hin. Vielleicht freut er sich aber auch über seinen überraschenden Aufstieg in der Partei, den er dem fulminanten Abstieg von Guido Westerwelle zu verdanken hat, oder über den Prozentanstieg seiner Partei bei der Sonntagsfrage, denn eigentlich bedeutet die Abkürzung „FDP“ doch „Fast Drei Prozent“.

Die Regierungskoalition ist lustlos, zerstritten und de facto am Ende. Es fehlt an

einem erkennbaren Geradeaus-Kurs und an einer seriösen politischen Grundhaltung. Es geht um den Machterhalt, es geht der regierenden Polit-Elite in Berlin nur darum, dass die Parteien CDU, CSU und FDP auf ihre Kosten kommen. Deshalb wird die Steuersenkung bis zum Wahljahr hinausgezögert. 2013 kann sich die angeschlagene Klientel-Partei FDP profilieren und mit einer Steuersenkung für untere und mittlere Einkommensschichten vielleicht so viele Stimmen erkaufen, dass die 5-Prozent-Hürde doch genommen wird. Statt eines Steuergeschenks wäre die >

Tilgung der gigantischen Staatsschulden angesagt, aber das bringt keine Wählerstimmen. Weder Merkel noch Rösler schert es, dass – neben Griechenland, Irland, Portugal und Italien – auch Deutschland auf eine Schuldenkrise zusteuert. Zur Erinnerung: Mit über zwei Billionen Euro stehen Bund, Länder und Gemeinden in der Kreide. Aber die Kanzlerin braucht den Juniorpartner FDP, und der Zweck heiligt die Mittel – auch wenn 70 Prozent der Bundesbürger sich dafür aussprechen, den Haushalt zu sanieren, anstatt Steuer geschenke zu verteilen.

Der Dilettantismus der schwarz-gelben Regierung lässt sich nicht mehr vertuschen, höchstens noch toppen. Der Reigen der politischen Fehlentscheidungen begann mit der Klientelpolitik des ermäßigten Steuersatzes für Hotels, wofür bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 die Quittung kam; dann folgten im von Merkel angekündigten „Herbst der Entscheidungen“ die Verlängerung der Laufzeiten für AKWs bis 2050 und die unrühmliche Neuregelung des Hartz IV-Regelsatzes.

Die Plagiatsaffäre des von den Medien hofierten Shootingstars der Union, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, nahm die Kanzlerin auf die leichte Schulter und brüskierte Studenten, Doktoranden und Professoren gleichermaßen mit dem Satz „Ich habe keinen wissenschaftlichen Assistenten oder einen Promovierenden oder einen Inhaber einer Doktorarbeit berufen, sondern mir geht es um die Arbeit als Bundesverteidigungsminister. Die erfüllt er hervorragend, und das ist das, was für mich zählt.“ Wie ein „Lügenbaron“ wies er entrüstet und mit schauspielerischem Können die Vorwürfe zunächst als „abstrus“ zurück. Seine Dementis halfen nicht, die Sachlage war eindeutig und so erklärte er am 01. März 2011 seinen Rücktritt von sämtlichen bundespolitischen Ämtern. Kurze Zeit später stellte sich unter seinem Nachfolger Thomas de Maizière heraus, dass Guttenbergs Arbeit als Verteidigungsminister – insbesondere seine Reform der Bundeswehr mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht – ein ähnliches Flickwerk war wie seine mit „summa cum laude“ ausgezeichnete, aber in weiten Teilen abgeschriebene Dissertation.

Der Super-GAU in Fukushima im Frühjahr dieses Jahres wurde zum Super-GAU der Atomkanzlerin und ihrer Regierungskoalition. Die radioaktiven Wolken hatten sich noch nicht über den zerborstenen Reaktoren verzogen, als sich Merkel mit einer komödiantenhaften Wendehals-Politik am 18. März als verkannte Atomgegnerin im Deutschen Bundestag outete. Doch der größte anzunehmende Unfall für die CDU ließ sich nicht mehr aufhalten, zumal das Wahlvolk den plötzlichen Sinneswandel durchschaute und im Übrigen der Position der Kanzlerin hinsichtlich „Stuttgart 21“ auch wieder einmal ein schaler Beigeschmack von Klientel-Politik anhaftete. Am 27. März 2011 wählten die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg die CDU nach 58 Jahren als Regierungspartei ab. Die FDP verlor über 50 Prozent Stimmenanteil und schaffte mit 5,3 Prozent nur noch knapp den Einzug in den Stuttgarter Landtag. Mit dem Panzer-Deal für Saudi-Arabien und der Export-Zusage von deutschen Kriegsschiffen für Angola hat sich die Bundeskanzlerin vollständig und endgültig von der öffentlichen Meinung im eigenen Lande abgekoppelt. Daneben hat die Staatsverschuldung durch das planlose Taktieren der Merkel-Truppe einen neuen Negativrekord erreicht – unfassbare zwei Billionen Euro. Finanzminister Schäuble verbreitet zwar die Mär vom konsolidierten Haushalt, macht aber gleichzeitig im laufenden Jahr wieder knapp unter 30 Milliarden Euro Schulden; für 2012 ist etwa die gleiche Neuverschuldung – sprudelnde Steuereinnahmen und boomendes Wirtschaftswachstum vorausgesetzt – bereits eingeplant. Inwieweit sich dieses Ziel aber halten lässt, ist in Anbetracht der Summen, die allein durch den

Kritiker aus den eigenen Reihen werfen ihr Orientierungslosigkeit vor.

Griechenland Rettungsschirm auf Deutschland zukommen, heute noch ungewiss. Was die griechische Schuldenkrise betrifft, hat Bundeskanzlerin Merkel 18 Monate lang einen Schlingerkurs gefahren. Kritiker aus den eigenen Reihen werfen ihr Orientierungslosigkeit und Führungsschwäche vor.

Die FDP ist angezählt und torkelt ziellos durch den politischen Ring. Sie hat sich zur Zwei-Themen-Partei reduziert, zur Unternehmer- und Steuersenkungspartei. Das große liberale Schwerpunktthema,

weniger Staat, mehr Eigenverantwortung, geriet im Höhenrausch des 15%-Erfolges und der Vize-Kanzlerschaft mehr und mehr in Vergessenheit. Eine Partei, deren Spitzenfunktionäre nur noch um Posten und den Erhalt der eigenen Pfründe besorgt sind, stürzt zwangsläufig ab. Der Fall ins Bodenlose kam schnell und gipfelte in einer Polit-Komödie: dem blamablen Wechsel an der Führungsspitze. Was für ein Armutszeugnis! Rösler, zuvor als Mediziner für die Volks Gesundheit in Amt und Würden, kann alles. Jetzt sitzt er als Wirtschaftsminister und Vizekanzler direkt neben Angela Merkel. Außenminister Westerwelle, der seine Probleme mit ausländischen Journalisten hat, musste einen Platz weiter nach rechts rücken – jedoch nicht wegen seiner mangelhaften englischen Sprachkenntnisse, sondern vielmehr, weil die Partei unter seiner Ägide in weniger als zwei Jahren von 15 auf 4 Prozent absackte – eine Negativbilanz, die in der deutschen Parteiengeschichte einzigartig ist. Daniel Bahr, er war schon 2009 gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, wurde Gesundheitsminister. Hauptsache, jeder ist versorgt.

Seit zwei Jahren regiert Schwarz-Gelb so unprofessionell und desorientiert wie

Man titulierte den Koalitionspartner ganz offen als Gurkentruppe...

keine andere Regierung zuvor. Seit zwei Jahren streiten sich die Damen und Herren der CDU/CSU und FDP in einem Jargon, der die unseriöse Politik dieser Bundesregierung noch unterstreicht: Man titulierte den Koalitionspartner ganz offen als Gurkentruppe oder Wildsau...

Deshalb bezweifeln immer mehr Bundesbürger, und hinter vorgehaltener Hand sogar Kritiker aus den Reihen der Union, dass Angela Merkel die richtige Kanzlerin für dieses Land ist. Deshalb sind die Ergebnisse der Sonntagsfrage im Keller, deshalb sind die Mundwinkel der Kanzlerin noch länger geworden. Die Bürgerinnen und Bürger haben, wenn die Wahlforscher Recht behalten, aus der Dauerkrise der Regierung gelernt.

Thanks for everything, Angie, but it's time to go...

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Demokratiebewegungen in Nordafrika und Arabien

Konfliktherde

Kaum hatte das Jahr 2011 begonnen, als Tunesien von Massenprotesten gegen das Regime erfasst wurde. Sie richteten sich vor allem gegen Korruption und hohe Arbeitslosigkeit; mit etwas Glück gelang es den Demonstranten, den Präsidenten Ben Ali – nach 23 Jahren an der Macht – zu stürzen. Durch geheime Tunnelgänge gelang ihm die Flucht nach Saudi-Arabien.

Der Sturz Ben Alis war ein Meilenstein in der Geschichte der arabischen Welt, denn das erste Mal wagte ein Volk, gegen seinen Unterdrücker zu revoltieren und Freiheit und demokratische Rechte einzufordern. 78 Tote und über 100 Verletzte waren der Preis für den mutigen Kampf gegen ein verhasstes Regime. Der Widerstand setzte sich bald in weiteren Ländern fort: in Ägypten, Libyen, Syrien, Jordanien, im Jemen und in Bahrain, in Saudi-Arabien, Marokko und Algerien. Alle diese Länder verbindet das gleiche Schicksal: Sie werden von mächtigen Autokraten regiert, die sich in unermesslichem Reichtum sonnen, aber – mit wenigen Ausnahmen – ihr Volk verarmen lassen. Jedes Land erlebt seine eigenen Tragödien beim Aufbegehren gegen seinen despotischen Herrscher.

Aus Platzgründen muss sich dieser Beitrag auf Tunesien sowie Ägypten, Libyen und Syrien beschränken.

Inspiziert von der Revolution in Tunesien, wandten sich in Ägypten Tausende von Oppositionellen gegen Präsident Hosni Mubarak, der sein Volk 30 Jahre lang knechtete, gleichwohl vom Westen – nicht zuletzt von Angela Merkel – als „Stabilitätsfaktor“ hofiert wurde; die Demokratie blieb dabei auf der Strecke! Tausende von Ägyptern trafen sich zu Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz („Platz der Befrei-

ung“) in Kairo. Viele mussten ihren Mut mit dem Leben bezahlen, denn die Staatsmacht ging mit großer Härte gegen die Demonstranten vor.

Am 12. Februar 2011 erlebte Ägypten eine historische Zäsur: Mubarak trat ab. Aber die Freude der Demonstranten war nicht von Dauer, denn nun sind die Generäle vorerst an der Macht und sperren sich

Europas geliefert hatte. Söldnern aus dem Tschad wurden 12 000 Dollar für jeden getöteten Demonstranten versprochen; Augenzeugen berichteten von riesigen Massakern. Immer wieder baten die Rebellen dringend um Hilfe, der die UNO schließlich nachkam; durch militärisches Eingreifen wurde versucht, den drohenden Völkermord zu verhindern. Der libysche

Freiheitskampf wird zweifellos als einer der bewegendsten in die Geschichte eingehen.

Auch Syrien wurde bald von der Protestwelle erfasst, aber die Demonstranten befinden sich derzeit in einer aussichtslosen Situation. Präsident Assad, ein eiskalter Despot, würgt rücksichtslos jeden Widerstand ab und lässt die eigenen Landsleute gnadenlos zusammenschießen. Die Weltgemeinschaft reagiert zu zögerlich auf die verzweifelte Lage

der Syrer; es ist unbegreiflich, dass man sich selbst mit restriktiven Maßnahmen wie Wirtschaftsboykott, Einfrieren der ausländischen Konten usw. Zeit lässt! Das Fazit: Die westliche Welt hatte um eigener Vorteile willen keine Skrupel, mit Tyrannen gemeinsame Sache zu machen. Umso mehr sind die verantwortlichen Politiker jetzt aufgerufen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und den unterdrückten Völkern in ihrem Freiheitskampf beizustehen!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



gegen weitere Reformen. Ende Juli entflammte der Aufstand erneut – die Demokratiebewegung in Ägypten ist zweifellos noch nicht zu Ende.

Auf dem mühsamen Weg zur Freiheit fiel bald der nächste Dominostein: Libyen. Die Libyer hatten mit das härteste Los gezogen, denn Staatschef Gaddafi, der „verrückte Despot“, war mit seiner Familie seit über 40 Jahren an der Macht und wollte sie um jeden Preis erhalten. Gnadenlos ließ er seine eigenen Landsleute abmetzeln, setzte Waffen ein, die ihm die Rüstungsindustrie halb

Über zockende Banker und regierende „Schuldenbuckel“

Wer bitte befindet sich in der **Krise**?

Eigentlich gibt es keine „Euro-Krise“. Die lautstarken Appelle von Merkel und Schäuble, den Euro vor dem Zusammenbruch zu retten, sind nichts anderes als politische Lügen. Der Terminus „Euro-Krise“ wurde gezielt gewählt, um die wahren Krisenherde zu verschleiern: die exorbitanten Schulden der meisten Mitgliedsstaaten der EU und die drohende Insolvenz etlicher europäischer Großbanken und Versicherungskonzerne, deren ausufernde Gier nach immer höheren Kapitalrenditen durch Griechenland & Co. in die Hose ging.

Das Geld aus dem europäischen Krisenfonds für finanzschwache Eurostaaten und dem zweiten Hilfsprogramm für Athen landet vor allem auf den Konten jener Banken, die zuvor Griechenland mit Milliarden-Krediten überhäuft hatten. Die Griechen selbst sehen keinen Cent davon. Das von den Banken eingegangene Risiko – ihr Engagement in griechischen Staatsanleihen und die Spekulation darauf, dass das Obligo erfüllt wird – trägt nun, da das Kind im Brunnen liegt, der brave Steuerzahler.

Da in den Bilanzen der Banken nicht nur faule griechische, sondern auch Staatspapiere anderer Schuldenbuckel schlummern, kann von Entwarnung keine Rede sein. Die Bankenkrise wird weitergehen – und für einige wird ein bitteres Ende kommen. Leh-

mann Brothers lässt schon mal grüßen! Es steht außer Frage, dass ein Super-Crash kommt; nur über den Zeitpunkt sind sich die Auguren noch nicht einig. Aber der „Kaffeesatz“ der Wirtschaftsinformationen bereitet ihnen zunehmend Ungemach: Josef Ackermann (Chef der Deutschen Bank) räumt seinen Posten ein Jahr früher als geplant und verzieht sich aus dem Schussfeld in die zweite Reihe (Aufsichtsratsvorsitzender der Bank), Goldpreis und Wechselkurs des Schweizer Franken steigen und der legendäre Hedge-Fonds-Manager George Soros, der Mann, der einst die „Bank of England“ in die Knie zwang, löst seinen Quantum-Fonds auf und zieht sich nach 55 Jahren an der Wall Street aus dem „big business“ zurück. Ein schlechtes Omen!

Natürlich sind nicht nur die Banken die Sündenböcke, und die Rating-Agenturen erst recht nicht. Die wahren Schuldigen sind die Regierungspolitiker, die entgegen jeglicher volkswirtschaftlichen Vernunft mehr Schulden machten, als der Staat einnahm. Die Höhe der Gesamtverschuldung und der Zinsdienst kletterten mit jedem Jahr und mit jeder neuen Regierung und Le-

gislaturperiode auf neue Rekordstände, als gäbe es ein ungeschriebenes Gesetz: Je höher die Staatsverschuldung, umso besser die Regierungsarbeit.

Und so machten die Staaten der Euro-Zone – bis auf ganz wenige Ausnahmen – immer mehr Schulden, indem sie Staatsanleihen auf den europäischen und internationalen Finanzmärkten platzierten – mit unterschiedlicher Laufzeit und einem Zinssatz, der weitgehend von der wirtschaftlichen Lage und der – von den Rating-Agenturen zugewiesenen Bonität – des Emittenten (Ausgeber von Wertpapieren) abhing. Die jeweils neuen Schulden dienten unter anderem dafür, Zinsen und fällige Altschulden zu tilgen. Die Käufer der Staatsobligationen waren und sind in erster Linie andere Staaten, internationale Großbanken und Versicherungskonzerne sowie Pensions- und Investmentfonds. Sie sind die Gläubiger der Schuldenstaaten und machen ihre Stellung auch auf politischer Ebene geltend; sie beeinflussen aus dieser Position der Stärke Wirtschafts- und Finanzgesetze zu ihren Gunsten.

Das Spiel geht so lange gut, bis ein Staat den Verschuldungsgrad erreicht hat, der von der „Finanzwelt“ – Banken und Rating-Agenturen – als negativ eingestuft wird, oder seine volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu seinen Schulden so gering ist, dass bei Endfälligkeit der Staats-



anleihen mit einem Ausfall gerechnet werden muss. Verliert ein Staat seine Bonität, fallen die Kurse der laufenden Anleihen, und die Zinssätze für neue Schulden schnellen in die Höhe. Beispiel: Die zehnjährigen Anleihen Deutschlands rentieren sich derzeit mit knapp 2,7 Prozent Zinsen am Markt. Italien, das hoch verschuldet ist, muss mittlerweile 5,7 Prozent berappen und das krisengebeutelte Spanien knapp sechs Prozent.

Die Katastrophe tritt ein, wenn die Bonität so schlecht beurteilt wird, dass weder andere Staaten noch Großbanken und Versi-

cherungskonzerne usw. bereit sind, neue Anleihen des insolventen Staates zu kaufen, und er nicht mehr in der Lage ist, seine Anleihen bei Endfälligkeit zurückzuzahlen.

Mit dem Schuldengipfel in Brüssel im Juli haben sich die EU-Politiker nur Zeit gekauft, die Krise schwelt aber weiter. Die Einigung über die Anhebung der Schuldenobergrenze von Repräsentantenhaus und Senat in den USA hat den „big crash“ vorerst verhindert; die Betonung liegt aber auf „vorerst“.

Selbst ernannte „Alles-Köner“ sitzen an den Schalthebeln der Macht, und es ist

nicht anzunehmen, dass die „Profis“ in Berlin und Washington aus der Krise lernen werden. Nicht Euro und Dollar stecken in der Klemme, sondern die zockenden Banken und Schuldenstaaten, zu denen auch Deutschland und die USA zählen.

Abschließend das Bonmot des Bundeswirtschaftsministers und Vizekanzlers Philipp Rösler (FDP) zum zweiten Hilfsprogramm für Griechenland: „Europa hat in einer schwierigen Situation gezeigt, wie stark es ist“. Sollen wir nun lachen oder weinen?

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE

Man wusste, was kommt, hat aber nicht gehandelt!

Die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika

Früher gab es am Horn von Afrika zwei halbwegs regelmäßige Regenzeiten. Es reichte für Mensch und Tier zum Überleben. Aber das war früher. Seit der Jahrtausendwende wird diese Region Afrikas in regelmäßigen Abständen von Dürreperioden heimgesucht; die diesjährige ist die sechste seit dem Jahr 2000. Seit 2005 gab es nur ein einziges Jahr mit normalen Regenfällen. Klimawandel in Afrika. Mit Unterstützung der NASA – sie lieferte spezielle Satellitenaufnahmen – verfolgten Meteorologen, Biologen und Agrarwissenschaftler seit etlichen Jahren die sich anbahnende Katastrophe. Immer mehr Felder lagen brach, die ohnehin spärliche Vegetation verschwand nach und nach aus vielen Landstrichen, und dementsprechend wurden die Rinder-, Ziegen- und Schafherden immer kleiner. Umwelt-Katastrophe am Horn von Afrika.

Somalia befindet sich seit über 20 Jahren in einem Bürgerkrieg rivalisierender Warlords und Milizen und war zusätzlich „militärischen Aktionen“ der umliegenden Nachbarländer sowie der USA ausgesetzt. Die gesamte Landwirtschaft – vor allem der lebenswichtige Anbau von

Mais und Hirse – wurde durch die Bürgerkriegswirren schwer beeinträchtigt. Die Bauern flohen aus ihren Dörfern vor den marodierenden Milizen, die Brunnen und Bewässerungskanäle versandeten oder wur-



den gezielt zerstört. Kollateralschäden des Krieges in Somalia.

Niemand konnte mit Sicherheit vorher sagen, dass im Mai und Juni dieses Jahres wieder kein Regen fallen würde, aber schon im November 2010 wurde deutlich, dass sich die Nahrungsmittelknappheit am Horn

von Afrika dramatisch verschärfte. Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) warnte vor der bevorstehenden Krise, stieß aber bei den Regierungen der reichen Industrienationen auf taube Ohren. Afrika war weit.

Jetzt ist die Katastrophe da, und Hunderttausende Somalis sind mit ihren letzten Habseligkeiten auf der Flucht in die Nachbarländer Kenia und Äthiopien, die selbst mit der Hungerkrise zu kämpfen haben. Die Regierenden der reichen Industrienationen wussten, was kommt, aber haben nicht rechtzeitig gehandelt! Die Euro- und US-Schuldenkrise standen im Blickpunkt.

Kein Wunder, dass „Die Zeit“ dann die berechtigte Frage stellt: „Und welche Rolle spielt dabei die Bundesregierung, namentlich der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel? Die eines globalen Hinterbänklers. Niebel verzichtet auf eigene Vorstöße, er reagiert lediglich und lässt sich die Hilfsmillionen nur durch öffentlichen Druck abpressen.“

Jeder weitere Kommentar erübrigt sich...

Barbara Nauheimer

Redaktion ZEITENWENDE

Vorschläge für eine menschen- und tierfreundliche Entwicklungspolitik

Das „Botswana-Projekt“ Teil 2

Dass die Entwicklungspolitik der reichen Industrienationen zu wünschen übrig lässt, erkennt man an der humanitären Katastrophe, die sich momentan in Somalia, Äthiopien und Kenia abspielt. Weniger im Fokus stehen die „kleinen Katastrophen“ – vor allem dann, wenn nicht der Mensch primär in Mitleidenschaft gezogen ist, sondern Natur und Tiere.

In Ausgabe 40 der ZeitenWende berichteten wir unter dem Titel „Das Botswana-Projekt“ über die dramatische Situation, auf die dieses afrikanische Land – vor allem seine heimische Tierwelt – zusteuert. Mit diesem zweiten Teil wollen wir das Thema vertiefen und eine – unserer Meinung nach – menschen- und tierfreundliche nachhaltige Entwicklungspolitik für den „schwarzen Kontinent“ aufzeigen. Das Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt der Regierung von Botswana hat dazu geführt, dass – unterstützt durch die EU – die Export-orientierte Agrarpolitik dieses afrikanischen Landes die Rinderhaltung forciert und eine Ausbreitung landwirtschaftlicher Nutzflächen auf Kosten der stetig sinkenden Populationszahlen einheimischer Wildtiere hin genommen wird. In Botswana werden rund 3 Millionen Rinder gehalten; 60 Prozent des Landes werden als Weideflächen genutzt. Dass diese einseitige Flächennutzung mit über 3 000 Kilometer Stacheldraht-umzäunten Weiden über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen muss, dürfte klar sein. Gibt es überhaupt einen Weg aus der Krise? Was muss geschehen, um einerseits Wirtschaftswachstum und steigenden Lebensstandard der Bevölkerung, andererseits den Erhalt der einzigartigen Ökosysteme mit ihrer Tierwelt (Okavango-Delta und Kalahari) sicherzustellen? Wie immer, ist es eine Frage des Geldes; es regiert die Welt und dürfte auch bei der Bewältigung der Probleme in Botswana die entscheidende

Rolle spielen, obwohl dieses afrikanische Land aufgrund seiner Bodenschätze (Diamanten, Kupfer, Nickel u. a.) nicht gerade zu den ärmsten Ländern Afrikas zählt. Die Regierung Botswanas wird nur dann bereit sein, ihre Agrarpolitik zu ändern, wenn ihr dadurch keine wirtschaftlichen Verluste entstehen. Man muss also finanzielle Anreize bieten und gleichzeitig klarmachen, dass die „Ressource Natur“ nur dann langfristig vor dem Kollaps gerettet werden kann, wenn man schon heute verantwortungsvoll mit ihr umgeht.

Lösungsansatz: 1. Die EU sollte gezielte Verhandlungen mit der Regierung Botswanas führen, um diese zu einer schrittweisen Verminderung der Bestandsdichte an Rindern und Ziegen vertraglich zu verpflichten. Als Anreiz erhält Botswana, dessen Agrarbereich lediglich 1,6 % des BIP ausmacht, eine jährliche Ausgleichszahlung, die an jene Rinder- und Ziegenzüchter weitergegeben wird, die nachweislich die Bestandsdichte ihrer Herden verringern. 2. Die EU, größter Abnehmer von Rindfleisch aus Botswana, drosselt ihren Fleisch-Import durch zeitlich begrenzte Handelsbeschränkungen (Sonderzoll). 3. Die Entwicklungshilfe für Botswana durch die EU ist aufzustooken; die zur Verfügung gestellten Mittel sind jedoch ausschließlich für Projekte zur Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit zu verwenden. 4. Für die Erhaltung der bestehenden und die Schaffung neuer Nationalparks fließen zusätzliche EU-Gelder im

Rahmen einer menschen- und tierfreundlichen Entwicklungshilfe, um den Tourismussektor zu fördern. 5. Mit dem multinational operierenden Diamantenkonzern DeBeers, der an den profitablen Diamantminen in Botswana zu 50 Prozent beteiligt ist, sollten Verhandlungen geführt werden, sich an Projekten zur Rettung der Natur und Tierwelt Botswanas zu beteiligen. 6. Ein Verbraucher-Aufruf durch Natur- und Tierschutz-Organisationen zum Boykott von Rindfleisch aus Botswana durch die Internet- und Printmedien sowie Protestbriefe an die Botschaft von Botswana oder direkt an die Regierung in Gaborone sind zusätzliche Maßnahmen, die ergriffen werden können.

Der Vorstand der Partei Mensch Umwelt Tierschutz wird in den kommenden Monaten versuchen, bei verschiedenen Mitgliedern des Deutschen Bundestages Interesse für das „Botswana-Projekt“ zu wecken und sie bitten, auf die EU-Parlamentarier ihrer Parteien Einfluss zu nehmen. Ein erstes Gespräch hat bereits stattgefunden und man stieß auf offene Ohren! Für marode Banken und insolvente Staaten werden von der EU zig Milliarden Euro ausgegeben und Rettungsschirme installiert. Was spricht dagegen, auch für die Rettung unserer Erde einen europäischen Hilfsfonds einzurichten? Ob dies in Zeiten leerer Staatskassen, Schuldenkrisen und Rezessionsängsten gelingt, steht in den Sternen...

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE

In den letzten Jahrzehnten wurden die artenreichen Regenwälder in Kalimantan, dem indonesischen Teil Borneos, rücksichtslos abgeholzt und in öde Palmöl-Plantagen verwandelt. Der Regenwald wird zugunsten von riesigen Monokulturen vernichtet, weil der Energiehunger der Industrie- und Schwellenländer immer größer wird und der Preis für Rohöl hoch ist. „Wir müssen weg vom Öl“, lautet die Devise von Umweltminister Röttgen. Mit von der Partie ist natürlich die Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner, die auf nachwachsende Energieträger – ganz im Sinne der globalen Agrarindustrie – setzt und sich für die fatale Biosprit-Lüge im Frühjahr 2011 noch stark machte. Das Resultat dieser falschen Energiepolitik ist, dass der größte Teil des einstigen Naturparadieses in Kalimantan unwiederbringlich verloren ist.

Das „Tropenholz- und Palmöl-Kartell“ sucht seit einigen Jahren nach neuen Regionen und hat neben anderen Ländern auch ein Auge auf Kamerun geworfen. Nach Schätzungen werden hier jedes Jahr 80 000 Hektar Holz geschlagen.

Inmitten eines Regenwald-Schutzgebietes mit hoher Biodiversität, in dem seltene Affenarten wie Drills und Gorillas, Waldelefanten und Leoparden leben, soll nun eine Palmöl-Plantage in der Größe von ca. 70 000 Hektar entstehen. Das zusammenhängende Ökosystem würde in zwei Teile zerschnitten, isolierte Schutzgebiete wären der Untergang für viele Tier- und Pflanzenarten.

Die Organisation „All for Africa“ vermarktet die geplante Palmöl-Plantage als nachhaltiges Entwicklungsprojekt, das angeblich mehrere Zehntausend Arbeitsplätze für die heimische Bevölkerung schaffen würde. Es geht aber nicht um die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern einzig und allein um den schnellen und großen Profit. Zuerst werden die wertvollen Tropenhölzer geschlagen und vermarktet, dann auf den frei gewordenen Flächen lukrative Palmöl-Plantagen angelegt. Doppelter Gewinn! Die Bevölkerung hat nur wenig davon, da sie auf den Plantagen bestenfalls für Niedriglöhne schuften dürfen. Die ca. 45 000 Menschen in 38 kleinen Dörfern am Rand der Naturschutzgebietes leben seit Generationen mit dem Regenwald im Einklang. Durch die Rodung würde ihre gesamte Existenzgrundlage für immer zerstört werden.

Die Regierung Kameruns hat bereits die Erlaubnis für die Plantage erteilt – ohne die

Naturkatastrophe durch Menschenhand

Erst Indonesien, jetzt Kamerun!

Die Evolution brauchte rund 100 Millionen Jahre, um den tropischen Regenwald, in dem 90 Prozent der weltweit existierenden Flora und Fauna beheimatet sind, in seiner Pracht und Artenvielfalt entstehen zu lassen. Der Menschheit ist es gelungen, innerhalb von 40 Jahren fast die Hälfte des globalen Regenwaldbestandes zu zerstören. Mit der Zerstörung der „grünen Lungen“ der Erde verschwinden auch viele Tier- und Pflanzenarten für immer und die Klimaerwärmung nimmt zu.

Zustimmung der lokalen Dörfer und Landeigentümer. Obwohl sich die einheimische Bevölkerung gegen das Projekt aussprach, hat „Herakles Farms“ die Palmsetzlinge bereits angeliefert und ist fest entschlossen, das gewinnträchtige Projekt durchzuziehen. Der weltweit agierende Konzern Blackstone soll laut informierten Kreisen das Projekt finanzieren. Kein Wunder, denn Blackstone ist zu 99 Prozent an der Firma Sithe Global beteiligt. Sithe Global unterstützt die Organisation „All for Africa“, die sich für Palmöl-Plantagen in Kamerun als Sozial-Projekte engagiert. Man schiebt sich die Bälle zu... Blackstone wurde bereits vom „SAVE Wild-

life Conservation Fund“ um eine offizielle Stellungnahme gebeten; bisher hüllt sich der Konzern in Schweigen. Mit einer weltweiten Unterschriftenaktion soll nun Druck auf das Unternehmen sowie alle Beteiligten ausgeübt werden, damit die Zerstörung dieses wertvollen Ökosystems noch in letzter Sekunde gestoppt wird.

Zuerst trifft die „Katastrophe“ durch Menschenhand die Natur, dann trifft sie uns. Mitverantwortlich sind Politiker wie Aigner, Röttgen & Konsorten. Deshalb ist es Zeit für eine politische Zeitenwende...

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE



Erdbeben, Tsunami und Super-Gau

Das Katastrophenland Japan

Am 11. März erreichte uns die Nachricht von dem schweren Erdbeben und dem Tsunami in Japan. Die Region rund um das AKW in Fukushima war akut betroffen, aber die Gefahr eines atomaren GAUs wurde zunächst geleugnet.

In den folgenden Tagen kam es in drei Reaktoren der Anlage zu mehreren schweren Explosionen – die Katastrophe nahm ihren Lauf. Nach und nach wurde das tatsächliche Ausmaß bekannt. Bereits das Erdbeben hatte schwere Schäden an einem Reaktorblock bewirkt, zusätzlich war durch den Tsunami Wasser eingedrungen und die Stromversorgung der Pumpen, die für die Kühlung der Brennstäbe sorgen, war ausgefallen. In drei der sechs Reaktoren kam es zu einer Kernschmelze.

Die Betreibergesellschaft Tepco hüllte sich zunächst in Schweigen und bagatellierte die Gefahr. Erst später wurde bekannt, dass schon einige Stunden nach dem Erdbeben die Brennstäbe eines Reaktorblocks schmolzen. Mit Hubschraubern und Wasserwerfern versuchte man, die Atommeiler nordtrocken zu kühlen. Da der Wind in den Tagen nach den Explosionen nach Osten zum Pazifik wehte, blieb der Großraum Tokio von der radioaktiven Wolke, die aus den geplatzten Reaktorgebäuden austrat, verschont.

Bei den Versuchen der Schadensbegren-

zung gab es zahlreiche Pannen, auch tote und verstrahlte Arbeiter. Ein Großteil des radioaktiv verseuchten Wassers in den Reaktorblöcken gelangte in den Pazifik. Selbst in Tokio wurde eine erhöhte Strahlendosis bei Trinkwasser und verschiedenen Lebensmitteln gemessen. Auch das größte Anbau-

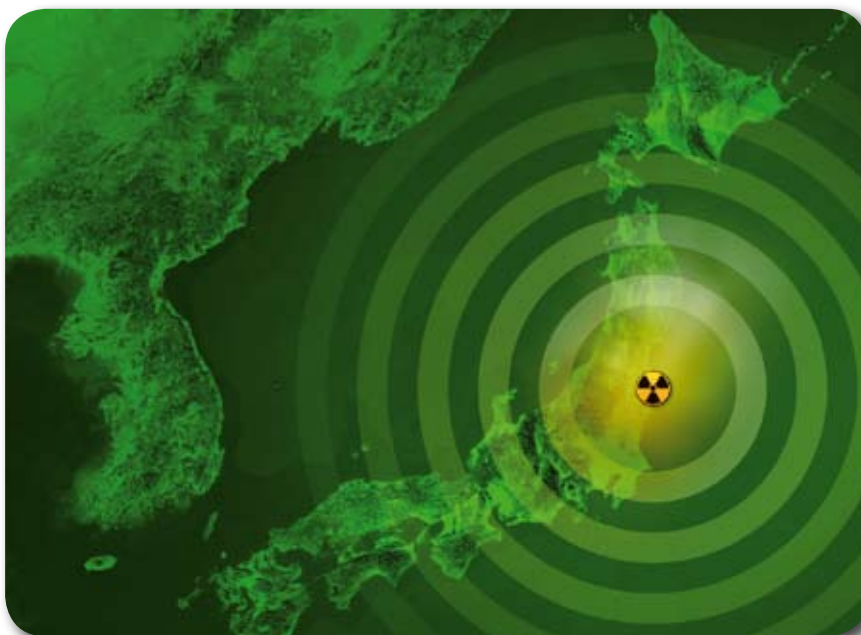
Hühner und eine unbekannte Zahl von Hunden und Katzen. Sie starben entweder an radioaktiver Verstrahlung oder verhungerten elendig. Die überlebenden Tiere sollen getötet werden, weil sie ein „Gesundheitsrisiko“ für die Menschen darstellen. Internationale Tierschutzorganisationen ver-

suchten, die zurückgelassenen Tiere nordtrocken zu versorgen, durften aber die verstrahlte Region nur für kurze Zeit betreten.

Tepco hatte jahrelang Störfälle vertuscht, seit den 90er Jahren schwere Defekte verschwiegen und Wartungsprotokolle gefälscht. Die IAEA (Internationale Atomenergie-Behörde) kam zu dem Schluss, dass Japan die Tsunami-Gefahr unterschätzt hatte. Die Deiche um die Anlage

waren viel zu niedrig und die Sicherheitsstandards ungenügend.

Im Juni rief die IAEA eine Fukushima-Sonderkonferenz ein. Man beschloss, weltweite Stresstests und schärfere Kontrollen für alle AKWs durchzuführen. Ausgerechnet Japan wehrte sich gegen verbindliche Sicherheitsstandards, weil es wirtschaftliche Nachteile befürchtete. Anfangs ließ man so-



gebiet für grünen Tee wurde radioaktiv verstrahlt. Rund 160 000 Menschen wurden aus dem Katastrophengebiet evakuiert, und die meisten leben bis heute unter erbärmlichen Bedingungen in Schulen oder Turnhallen.

Ihre Tiere mussten die Evakuierten zurücklassen. Nach Behördenangaben lebten dort 4000 Kühe, 30 000 Schweine, 630 000

gar verlauten, dass die Atompolitik fortgesetzt und auch Fukushima wieder in Betrieb genommen werden solle. In der Folge kam es erstmals in Japans Geschichte zu Anti-Atomkraft-Demonstrationen. Im Mai wurden die meisten AKWs dann abgeschaltet; inzwischen sind von ehemals 54 wirtschaftlich genutzten Reaktoren noch 17 am Netz.

Im Juli kündigte Premierminister Kan an, Japan wolle vollständig aus der Atomenergie, die bis dato 30 Prozent des Energiebedarfs deckte, aussteigen. Stattdessen sollen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, und das Hightec-verwöhnte Land solle Strom sparen. Letzteres ist bei den Japanern inzwischen Volkssport geworden.

Kan ist schon seit 1980 ein Gegner der Atomkraft und Befürworter von Wind- und Solarenergie. Etwa 70 bis 80 Prozent der Japaner befürworten die Ausstiegspläne. Allerdings fragt man sich, welche „Brückentechnologien“ die Industrienation Japan bis zum Umstieg auf „erneuerbare Energie“ nutzen wird, vermutlich, wie gehabt, Gas

und Kohle. Kohle jedoch ist nicht erst dann ein Klimakiller, wenn sie verbrannt wird. Für den Abbau werden auf Borneo riesige Flächen Regenwald zerstört. Auch in China, Indien, Kolumbien, Australien und anderen Ländern verursacht die Kohleförderung schwerste Umweltschäden.

Das Hightech-Musterland Japan ist irreversibel geschädigt. Die Aufräumarbeiten werden Jahrzehnte dauern. Allein die Entnahme der Brennstäbe – oder was davon übrig geblieben ist – wird aufgrund der Radioaktivität erst in 10 Jahren möglich sein.

Seit Juli schützt eine Atomkläranlage den Pazifik vorerst vor weiterer Verseuchung mit dem kontaminierten Kühlwasser. Noch immer stehen ca. 100 000 Tonnen Wasser in den Kellerräumen des AKW-Komplexes. Pro 50 Tonnen isoliert diese aufwendige Anlage 400 kg extrem giftigen Atomschlick, der später verglast oder einbetoniert werden soll. Aus Tschernobyl weiß man, dass eine solche Maßnahme nur wenige Jahrzehnte vorhält; danach dringt der

Giftschlamm ins Erdreich ein.

Der Super-GAU in Fukushima wird zu schweren genetischen Schäden bei Mensch und Tier führen. Der um das Kernkraftwerk gelegene Landstrich ist auf Dauer verstrahlt und als Anbaufläche für Lebensmittel nicht mehr nutzbar. Im August wurden in Fukushima wieder neue Höchstwerte an Strahlung gemessen.

Wie sich die radioaktive Verseuchung des Pazifik auswirken wird, darüber kann man nur spekulieren. In Zwergwalen wurden bereits erhöhte radioaktive Werte festgestellt. Es war zu hoffen, dass Japan aus diesem Grund den Walfang in seinen eigenen Küstengewässern sofort einstellen würde, doch auch dieses Jahr findet er wieder statt.

Welchen Preis die Meeressäuger, Seevögel, Fische und andere Tiere als Folge des Reaktorunglücks zu zahlen haben, ist noch nicht absehbar. Nahe Fukushima wurde ein Kaninchen ohne Ohren geboren.

Franziska Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE

Salat und Gemüse - in der Krise!

Das „Killer-Bakterium“

EHEC, der tödliche Darm-Keim, versetzte von April bis Juli die Bundesbürger in Angst und Schrecken. 46 Menschen starben, davon 45 in Deutschland. EHEC entsteht im Darm u. a. von Rindern; es tauscht sein genetisches Material mit harmlosen Coli-Bakterien und ist damit - vor allem in der äußerst gefährlichen HUS-Variante - in der Lage, für den Menschen lebensgefährliche Gifte zu erzeugen. Die Symptome: blutiger Durchfall, Nierenversagen, Schädigungen u. a. von Gehirn und Lunge u.v.m. Kaum je zuvor wurden so viele Theorien über die Entstehung der (angeblich) neuen Variante in die Welt gesetzt, und der vielstimmige Chor der „Wahrsager“ schaffte mehr Verwirrung als Klarheit.

Zu Recht wurde das Krisenmanagement der deutschen Behörden im In- und Ausland massiv kritisiert! Falsche Schuldzuweisungen - spanische Gurken wurden zu Unrecht „beschuldigt“, Überträger des Keims zu sein - hatten verhee-

rende Folgen, vor allem für die spanischen, aber auch für die deutschen Landwirte. Tomaten und Salat wurden grundlos gleich mit auf den Index gesetzt und zahllose



Tonnen wertvollen Gemüses vernichtet.

War das Ganze ein Ablenkungsmanöver? Warum wurde nicht die wahrscheinlichste Quelle des EHEC-Übels genannt?

Bereits in den 1980er Jahren gab es in den USA etliche - auf Rinderhackfleisch und Rohmilch zurückzuführende - EHEC-Ausbrüche! Die Natur wurde durch die industrialisierte Massentierhaltung und den Einsatz riesiger Mengen von Antibiotika und „Wachstumsbeschleunigern“ aus dem Gleichgewicht gebracht – und sie hat mit einer Mutation des Darm-Keims EHEC zurückgeschlagen.

Nun geht es ans Forschen: Die Pharma-Branche darf sich auf neue Profite freuen! Die Europäische Kommission macht insgesamt 14,1 Millionen Euro locker, um ca. 30 „wissenschaftlichen“ Institutionen aus 14 Partner-Ländern ein neues Betätigungsfeld zu eröffnen.

Man mag nicht darüber nachdenken, wie viele Tiere dieser erneute Forschungs-Wahnsinn wieder das Leben kosten wird!

Margret Giese
Redaktion ZEITENWENDE

Der Konflikt spitzt sich zu - WUT-Bürger gehen auf die Straße

Wir haben es satt!

Berlin war am 22. Januar 2011 Schauplatz einer Demonstration von rund 22 000 Bundesbürgern, die sich anlässlich der Grünen Woche in der Hauptstadt einfanden, um unter dem Motto „Wir haben es satt“ lautstark eine radikale Wende in der Agrarpolitik zu fordern. Der schwelende Konflikt hatte sich zugespitzt und die WUT-Bürger gingen auf die Straße...

In einem Bündnis von Umwelt- und Tierschutzverbänden hatte federführend die Organisation campact zu dieser Mega-Veranstaltung aufgerufen. Auch unsere Partei war dabei und mit zahlreichen Mitgliedern vertreten – aus Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.



Der Demonstrations-Tag war gut gewählt, denn auf Einladung der Bundesrepublik trafen sich Landwirtschaftsminister aus aller Welt sowie Agrarkonzerne, um über Welternährung zu beraten. Angesichts der geschätzten Zunahme der Weltbevölkerung von jetzt 6,9 Milliarden auf 9,1 Milliarden bis 2050 müssen in der Tat die Weichen neu gestellt werden. Genau an diesem Punkt aber lauern die Gefahren: die Ausbreitung der Gentechnik unter dem Deckmantel, den Hunger in der Welt bekämpfen zu wollen. Ebenso risikoreich ist die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft und die Zunahme von Exporten zu Dumpingpreisen, die zur Vernichtung der einheimischen Märkte in der „Dritten Welt“ beitragen.

Die Richtung der Agrarkonzerne ist eindeutig: Sie wollen für Gen-Saat, Agro-Che-

mie und Industrie-Food grenzenlose Märkte und weitere Milliarden-Subventionen. Ihr Motto: „Agrarfabriken statt Bauernhöfe“! Die Unterstützung von Kanzlerin Merkel und der Bundesregierung dürfte ihnen so gut wie sicher sein, denn, wie bekannt, haben profitgierige Lobbyisten stets offene Ohren bei unseren gewählten Volksvertretern!

Angesichts der begrenzten Einsichts- und Lernfähigkeit seitens bundesdeutscher Politiker vom Schlage Merkel, Aigner, Lindemann & Co. war die machtvolle Demonstration in Berlin wohl erst der eindrucksvolle Beginn einer Kampagnen-Serie. Auch unsere Partei wird weiter dabei sein, auch wenn es zunächst nur um den kleinsten gemeinsamen Nenner geht: Die Abschaffung der Massentierhaltung unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“.

Es bleibt uns jedoch unbenommen, wo immer möglich, in Flug- und Faltblättern unsere Überzeugung zu verbreiten, dass der Mensch nicht das Recht hat, fühlenden



Mitlebewesen Gewalt anzutun und sie ihres Lebens zu berauben. Wenn nicht alles täuscht, ist es nicht mehr utopisch, dass sich immer mehr Menschen auf diesen ethischen Weg begeben. Damit würde das um 1500 ausgesprochene prophetische Wort Leonardo da Vincis in nicht allzu ferner Zeit zur Realität: „Es wird eine Zeit kommen, in der wir das Essen von Tieren ebenso verurteilen, wie wir heute das Essen von Unseresgleichen, die Menschenfresserei, verurteilen.“

Auch wenn wir uns in Geduld üben müssen und derzeit noch „der Wunsch der Vater des Gedankens ist“ – vielleicht befinden wir uns tatsächlich am Anfang eines neuen Zeitalters im Umgang des Menschen mit den Tieren. Es ist an uns allen, daran mitzuwirken, dass Wünsche zu Wirklichkeiten werden!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

Sie half den Tieren und uns über den Tod hinaus...

Eine Frau namens Helga Huf

Frau Helga Huf wurde 1933 in Rheinhausen/Duisburg geboren. Ihre Mutter war gebürtige Amerikanerin, ihr Vater deutscher Staatsbürger. Die Eltern waren „gutbürgerliche Leute“ mit eigenem Haus, das aber während des Krieges von einer Fliegerbombe getroffen wurde und ausbrannte.

Ihre Eltern gingen oft mit ihr in den Duisburger Zoo, denn sie liebte Tiere und hatte als Kind eine eigene Katze. Die Zoo-besuche blieben Helga Huf bis zu ihrem Tode in Erinnerung. Als heranwachsendes Kind musste sie erleben, dass ihre geliebte Mutter, weil sie Zeugin Jehovas war, von den Schergen Nazi-Deutschlands vorübergehend inhaftiert wurde. Sie selbst musste ihren ersten Vornamen Esther ablegen, da ein jüdischer Name für ein arisches Kind in der NS-Zeit nicht gewünscht war.

Vielleicht waren es die eigenen leidvollen Lebenserfahrungen, die Helga Huf für das Leiden der Tiere und der Schwachen sensibel machten. Vielleicht suchte sie aber auch nur die Nähe zu den Tieren, weil sie von den Menschen enttäuscht war. Wir wissen es nicht.

Sie heiratete und im Jahr 1956 kam ihr Sohn zur Welt. Im Jahr 1978 bezog die Familie ein neu gebautes Haus in Leverkusen. Nur ein Jahr später verstarb ihr Mann. Helga Huf heiratete nicht mehr und schlug sich mit ihrem Sohn allein durch, der auf tragische Weise im Jahr 2004 ums Leben kam. Als alte Frau, nach einem Unfall an den Rollstuhl gefesselt, musste sie mit ansehen,

wie bei einem Polizei-Einsatz in ihrem Hause der einzige Mensch, der ihr noch geblieben war – ihr Sohn – nach der Verabreichung einer Beruhigungsspritze durch einen Amtsarzt verstarb. Von diesem traumatischen Erlebnis erholte sich Helga Huf nicht mehr. Sie verlor zusehends das Interesse an Haus und Garten, der immer mehr verwilderte. Helga Huf starb krank und zerbrochen im Jahr 2007 in einem Pflegeheim in Daun in der Eifel.

In ihrem Testament bestimmte Helga Huf unsere Partei zu zwei Dritteln und den Duisburger Zoo zu einem Drittel als Erben, weil ihr Vermögen zum Wohle der Tiere verwendet werden sollte. Da wir Helga Huf nicht mehr persönlich für die großzügige finanzielle Unterstützung danken können, halten wir ihr Andenken in Ehren, indem wir ihr Grab auf dem Friedhof in Leverkusen pflegen.

Die Erbschaft, die uns hinterlassen wurde, wird dazu verwendet, dem allgegenwärtigen Tierleid entgegenzutreten und auf politischem Wege – Schritt für Schritt – Verbesserungen für die Tiere zu erreichen.

Barbara Nauheimer/Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Über den Tod hinaus Gutes für die Tiere tun

Ein bedrückendes Thema, aber man sollte offen darüber sprechen!

Krankheit oder Unfall können jederzeit, unabhängig vom Alter, dazu führen, dass Sie keine Möglichkeit mehr haben, Ihre Angelegenheiten in Ihrem Sinne zu regeln. Ganz besonders wichtig ist ein Testament für diejenigen, die keine Erben haben, denn deren Vermögen fällt an den Staat.

Wir möchten Sie deshalb darauf aufmerksam machen, dass Sie die Möglichkeit haben, auch uns in Ihrem Testament zu bedenken. So könnten Sie noch über Ihren Tod hinaus Gutes für die Tiere tun. Viele Menschen verdrängen zwar dieses Thema und denken nicht darüber nach, welche Auswirkungen es hat, wenn sie kein Testament hinterlassen. Jeder sollte sich aber Gedanken darüber machen, wer seine gesetzlichen Erben sind und ob er wirklich möchte, dass diese oder der Staat das gesamte Vermögen erben.

Wenn Sie die Partei Mensch Umwelt Tierschutz in Ihrem Testament berücksichtigen möchten, ist es wichtig, unsere Partei mit vollständigem Namen und der Anschrift der Bundesgeschäftsstelle zu nennen. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle. Selbstverständlich werden wir Ihr Anliegen mit der gebotenen Diskretion behandeln.



Nachruf für drei Parteimitglieder

Sie sind von uns gegangen...



Heidrun Schultz

Am 27. Februar 2011 verstarb unser Parteimitglied Heidrun Schultz aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, in dem sie sich aktiv für das Vorkommen unserer Partei einsetzte. Darüber hinaus arbeitete sie 10 Jahre für „aktion tier – menschen für tiere e.V.“ und im Tierschutzverein Schwedt. Heidrun Schultz war hoch motiviert, zuverlässig, kämpferisch und zugleich sensibel, wenn es um die Leiden unserer ausgebeuteten Mitbewesen, die Tiere ging. Sie war mutig und wortgewaltig gegenüber Tierquälern und untätigen Amtsinhabern. Mit ihr konnte man „Pferde stehlen“! Sie verteilte gesammelte Informationen aus ihrem persönlichen Netzwerk und half bei zahlreichen Einsätzen mit, wenn es galt, ein Tier in Not zu retten.

Ihre unheilbare Krebserkrankung hat sie brutal aus dem Leben gerissen und um ihren wohlverdienten Lebensabend gebracht. Wir werden Heidrun nie vergessen...



Barbara Hohensee

Am gleichen Tage wie Heidrun Schultz verstarb auch Barbara Hohensee vom Landesverband Berlin. Mit ihr haben die Tierrechtsbewegung, „Berlin vegan“ und die Partei Mensch Umwelt Tierschutz eine ihrer energischsten und großartigsten

Kämpferinnen für die Rechte der Tiere verloren. Erinnern möchten wir nur an Barbaras Hungerstreik und Käfig-Aktion vor dem Landwirtschaftsministerium und ihre äußerst wirksamen Aktionen gegen Pelzträgerinnen, vor und hinter denen sie als präparierte „Pelzschlampe“ auf Berliner Straßen flanierte, die Damen wortlos „verfolgte“ und damit peinlich berührte. Barbara Hohensee war etwas ganz Besonderes. Sie besaß eine hohe Intelligenz, Stärke, Güte, Hilfsbereitschaft, Härte und Unnachgiebigkeit. Von niemandem ließ sie sich manipulieren, denn sie konnte „hinter die Kulissen“ sehen. So hat sie auch die anthropozentrische Sichtweise der meisten Religionen, vor allem der christlichen Kirchen, in Bezug auf die Tiere immer wieder angeprangert.

Barbara hat ihrer Krebserkrankung lange mit großer Stärke getrotzt. Das Elend der Tiere hat ihr letztlich das Herz gebrochen und die Kräfte geraubt. Wir danken Barbara dafür, dass sie bis zuletzt für unsere gemeinsamen Ziele gekämpft hat und werden sie niemals vergessen!



Reinhard Hoffer

Am 21. April 2011 ging Reinhard Hoffer von uns, langjähriges Parteimitglied im Landesvorstand Niedersachsen. Er setzte sich viele Jahre mit großem Engagement für den Nationalpark Harz ein, in dem immer noch gejagt und Forstwirtschaft betrieben wird. Seine vorrangige Aufgabe sah er darin, die Bevölkerung auf diese Missstände hinzuweisen und darüber hinaus mit zahlreichen Eingaben an die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass nicht weiterhin gegen das Gebot verstoßen wird, in einem Nationalpark die Natur sich selbst zu überlassen. Bis zuletzt ist er dabei auf viel Widerstand gestoßen, und es ist bewundernswert, dass er sich in diesem langen Kampf nicht hat entmutigen lassen.

Der Landesvorstand Niedersachsen sowie Parteimitglieder aus anderen Teilen der Republik, die seine Anliegen unterstützten, werden Reinhard Hoffer sehr vermissen. Er kann uns allen in der Beharrlichkeit, mit der er seine Ziele verfolgte, ein Vorbild sein!

Astrid Suchanek/Margret Giese/Sabine Pankau
Redaktion ZEITENWENDE

Was Buchautoren und Journalisten für ein besseres Mensch-Tier-Verhältnis bewirken können

Die Macht des gedruckten Wortes

Die meisten kulturellen und politischen Veränderungen gingen auf Bücher zurück. So haben wir es dem Begründer der Evolutionstheorie Charles Darwin zu verdanken, dass durch sein Buch „Die Entstehung der Arten“ dem Anthropozentrismus Paroli geboten wurde.

Karl Marx übte in seinem Werk „Das Kapital“ Kritik an der politischen Ökonomie und fand viele Anhänger für seine Ideen. Während US-Gründervater Thomas Paine („Die Rechte des Menschen“), der Schriftsteller Richard Hildreth („The White Slave“, „Despotism in America“) und vor allem auch die Autorin Harriet Beecher-Stowe („Onkel Toms Hütte“) der Sklaverei den Kampf ansagten, verliehen Publizistinnen wie Mary Wollstonecraft und Emma Goldman bereits im 18. bzw. 19. Jahrhundert der Frauenbewegung Nachdruck.

Seit etwa anderthalb Jahren ist eine neue Entwicklung im Hinblick auf die Tierrechtsbewegung zu verzeichnen. Die Philosophen Peter Singer, Tom Regan und Helmut F. Kaplan, die sei Jahrzehnten in der Tierrechtsliteratur den Ton angaben, reichten das Zepter an Autoren weiter, die sich bis dahin mit der Materie „Tierrechte“ kaum oder überhaupt noch nicht befasst hatten: Im Zuge seiner Recherchen zur optimalen Ernährung seines Kindes gab der Romanautor Jonathan Safran Foer 2009 seinen Bestseller „Eating animals“ (deutsch: „Tiere essen“) heraus, in dem er vor allem auf die schockierenden Zustände und Auswirkungen der Massentierhaltung Bezug nimmt. Das eher aufklärend als anprangern verfasste Buch erreichte laut SPIEGEL am 30. August 2010 Platz 3 der Best-

sellerliste und verkaufte sich allein in Deutschland bislang über 150 000 Mal. Ein knappes halbes Jahr später brachte die deutsche Schriftstellerin Karen Duve ihren tagebuchähnlichen Verkaufsschlager „Anständig essen – ein Selbstversuch“ auf den Markt. Innerhalb weniger Monate gingen 40 000 Exemplare über die Ladentheken und das Buch landete ebenfalls auf Platz 3 der SPIEGEL-Bestsellerliste. Foodwatch-Gründer Thilo Bode errang Ende 2010 mit „Die Essensfälscher“ Rang 6 in der Riege

te das Neue Deutschland Ende November letzten Jahres in einem nachdenklichen Artikel über die alltägliche Gewalt gegenüber Tieren und Menschen. Der STERN beschäftigte sich in seiner 47. Ausgabe vom 18. November 2010 mit den Gefühlen der Tiere und warf Fragen in Bezug auf unsere Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe auf – ein Appell, unser Verhalten ihnen gegenüber gravierend zu verändern. „Am Anfang war das Wort“ – und es kann Berge versetzen! Bücher können zum Andersdenken

und Umdenken inspirieren und den Leser andere Lebenswege beschreiten lassen. Die Entwicklung der Menschheit und deren Wissens- und Meinungsbildung ist noch lange nicht abgeschlossen. Jede Bewegung braucht ihre Schriftsteller und wohlgesinnten Journalisten.

„Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist“ – und die mit dem gedruckten Wort verbreitet wird. Es ist etwas in Bewegung geraten, der Tierschutzgedanke ist in der Gesellschaft angekommen – nicht auf jedem Teller, aber in der Literatur und in den Medien auf jeden Fall. Der Weg zur Abschaffung der Ausbeutung der Tiere ist steinig und lang, aber dies ist kein Grund, aufzugeben. Gemeinsam mit Literaturschaffenden und Journalisten werden wir nach und nach unsere Ziele erreichen.

Manuela Rollins
Redaktion ZEITENWENDE



der meistgelesenen Sachbücher. Vor allem die Werke von Foer und Duve finden mehr Befürworter als Kritiker und erfreuen sich einer hohen Akzeptanz, vielleicht deswegen, weil beide Publizisten nicht aus der Tierrechtsszene kommen und ihnen insofern nicht das Vorurteil einer gezielten Beeinflussung der Leser anhaftet. Aufwind erhalten die Bücher beider Autoren durch das große Medieninteresse, denn aufgrund aktueller Ereignisse wie beispielsweise dem Dioxin-Skandal rücken Themen wie Massentierhaltung und Tierrechte wieder mehr und mehr in den Vordergrund. So berichte-

Mitglieder des Bundesvorstandes

Funktion/Aufgaben	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
Vorsitzender <i>Führung, Red. ZEITENWENDE, PR-Arbeit, Finanzausschuss, Programmkommission</i>	Eck, Stefan Bernhard	Preußenstraße 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/9 40 32 07 Fax 06 81/9 40 32 05	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Stellvertreterin <i>Redaktion ZEITENWENDE, Presse-Arbeit, Programmkommission</i>	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 0 53 31/90 45 25 Fax 0 53 31/9 49 50 95	margret-giese@tierschutzpartei.de
Schatzmeisterin <i>Finanzverwaltung, Finanzausschuss</i>	Engelschall, Christine	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 0 89/25 54 88 01 Fax 0 89/25 54 88 02	christine-engelschall@tierschutzpartei.de
Stv. Schatzmeister <i>Mitglieder- und Finanzverwaltung, Parteihandbuch</i>	Holst, Manfred	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 0 7166/16 10 Fax 0 71 66/9 13 90 90	manfred-holst@tierschutzpartei.de
Schriftführerin <i>Schriftführung, Parteichronik, Redaktion ZEITENWENDE, Programmkommission</i>	Pankau, Sabine	Altewiekring 20 c 38102 Braunschweig	Tel. 01 70/9 00 86 38 Fax 05 31/20 85 44 49	sabine-pankau@tierschutzpartei.de
Stv. Schriftführerin <i>Protokolle, Partei-Chronik, ZEITENWENDE, Pressearbeit</i>	Nauheimer, Barbara	Weinberg 15 82211 Herrsching	Tel. 0 81 52/92 53 26 Fax 0 81 52/92 53 27	barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>Finanzausschuss, Programmkommission</i>	Thau, Monika	Max-Halbe-Straße 19 40470 Düsseldorf	Tel. 02 11/9 02 33 75	monika-thau@tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>Redaktion ZEITENWENDE, Presse- und Medienarbeit, Programmkommission</i>	Siethoff, Michael	Rahmenstraße 10 58638 Iserlohn	Tel. 0 23 71/5 23 30	michael-siethoff@tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>Leitung „Aufbau Ost“, AG „Forenarbeit“, Programmkommission</i>	Schuchart, Günter	Schrotebogen 17 39126 Magdeburg	Tel. 01 77/3 31 14 49	guenterschuchart_berater@freenet.de
Beisitzer <i>Red. ZEITENWENDE, AG „Strategie PR & Wahlkampf“</i>	Wester, Horst	Hesselbergstraße 13 91725 Ehingen	Tel. 0 98 35/17 59 Fax 0 98 35/9 77 96 64	horst-wester@tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>ZEITENWENDE, „Strategie, PR & Wahlkampf“, Leiter BAK „Schutz der Weltmeere“</i>	Berrien, Julius	Parforceheide 10 14163 Berlin	Mobil 0151/40 14 40 44	julius-berrien@tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>Programmkommission, ZEITENWENDE, BAK Veganismus, Pressearbeit</i>	Mauler, Ingeborg	Kanalstraße 5 89561 Dischingen	Tel. 0 73 26/92 17 00	ingeborg-mauler@tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>Programmkommission, ZEITENWENDE</i>	Leideck, Malte	Freudenthalstraße 64 30419 Hannover	Tel. 0511/76 36 33 55 Mobil 0151/18 62 14 22	malte-leideck@tierschutzpartei.de

Webseiten unserer Partei

Tierschutzpartei/Bundesverband: www.tierschutzpartei.de
 LV Baden-Württemberg: www.tierschutzpartei-bw.de
 LV Berlin: www.tierschutzpartei-berlin.de
 LV Brandenburg: www.tierschutzpartei-brandenburg.de
 LV Hamburg: www.tierschutzpartei-hamburg.de
 LV Niedersachsen: www.tierschutzpartei-niedersachsen.de
 LV Nordrhein-Westfalen: www.tierschutzpartei-nordrhein-westfalen.de
 LV Rheinland-Pfalz: www.tierschutzpartei-rheinland-pfalz.de
 LV Sachsen-Anhalt: www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de
 LV Sachsen: www.tierschutzpartei-sachsen.de
 ZEITENWENDE ONLINE: www.zeitenwende-online.de



Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle.

- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundsatzprogramm 2. „Positionen“ - Partei ergreifen, damit die Zukunft eine Chance hat 3. „Neue Esskultur“ - Mit gutem Gewissen das Festtagsmenü genießen 4. „Tierversuche“ - Kulturschande des 21. Jahrhunderts 5. „Tierschutz“ - Stark für Tierschutz und Tierrechte 6. Verraten und verkauft: „Mastkaninchen“ 7. „Deine Stimme den Stimmlosen“ 8. „Thunfisch“ - Zuerst stirbt das Meer, dann der Mensch | <ol style="list-style-type: none"> 9. „Agrar-Subventionen“ 10. „Klima“ - Retten, was zu retten ist 11. „Atom“ - Für eine Welt ohne „strahlende Zukunft“ 12. „Stierkampf“ - Legalisierte Perversion in Europa 13. „Pelztier“ - Fakten, die Sie wissen sollten! <p>Aufnahmeanträge zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder als Download über die Partei-Homepage (www.tierschutzpartei.de/Mitgliedschaft.htm)</p> |
|---|--|

Vorsitzende der Landesverbände

Landesverband	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Engelschall	Christine	80331 München	Hochbrückenstraße 8	089/25548801 089/25548802	christine-engelschall@tierschutzpartei.de
Berlin	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Kalka	Artur	12045 Berlin	Weserstraße 165	030/44650324 03212/1180392	berlin@tierschutzpartei.de
Brandenburg	Vorsitzender	Ehlers	Kenneth	15517 Fürstenwalde/Spree	Ebereschenstraße 4	03361/307610	kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de
Hamburg	Vorsitzende	Jung	Bettina	21279 Wenzendorf	Am Schulberg 15	04165/224859 04165/224869	bettina-jung@tierschutzpartei.de
Hessen	2. Stellv. Vorsitzende	Mayer	Erna	65520 Bad Camberg	Am Angelbach 4	06434/906328	
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	1. Stellv. Vorsitzender	Siethoff	Michael	58638 Iserlohn	Rahmenstraße 10	02371/52330	michael-siethoff@tierschutzpartei.de
Rheinland-Pfalz	1. Stellv. Vorsitzender	Dautermann	Udo	67823 Unkenbach	Hauptstraße 56	06362/2684 06362/2684	udo-dautermann@tierschutzpartei.de
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstraße 62	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzschke	Andreas	01909 Großharthau-Schmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzschke@tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	inge-noack@tierschutzpartei.de
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Haeckelstraße 10	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol.com
Schleswig-Holstein	Vorsitzender	Bose	Sascha	21079 Hamburg/Wilstorf	Reeseberg 9	01577/4932357	sascha-bose@tierschutzpartei.de
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald-von-fehr@tierschutz-union.de

Informationen zu den Bundesarbeitskreisen sind bei der Bundesgeschäftsstelle zu erhalten.

WICHTIGER HINWEIS:

Wir haben bei der Ethikbank (www.ethikbank.de) ein neues Geschäftskonto eingerichtet. Ab sofort bitte alle Überweisungen nur noch auf dieses Konto vornehmen und bestehende Daueraufträge entsprechend ändern.

Bundesschatzmeisterei:

Christine Engelschall
Hochbrückenstraße 8
80331 München
Tel. 089/25548801
Fax 089/25548002
christine-engelschall@tierschutzpartei.de

Ethikbank
BLZ: 830 944 95
Konto: 3 000 281

Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel. 069/76809659
Fax 069/76809663
bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
Bürozeiten:
Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:

Vorsitzender: Dr. Walter Neussel
Stellv. Vorsitzende: Monika Grieshaber
Beisitzerinnen: Christa Jenke,
Franziska Ute Gerhardt

Mitglieder- und Beitragsverwaltung:

Marita Holst-Gericke
Bühlweg 5, 73614 Schorndorf
Tel. 07181/9943161, Fax 07181/994002
mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de
Bürozeiten: Mo. - Do., 9 - 13 Uhr

Landesverbände in Aktion

Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



Landesverband Baden-Württemberg

Mit einem durchweg gut besuchten Info-Stand beteiligte sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz bei den 35. Naturschutztagen, die vom 6. bis 9. Januar in Radolfzell stattfanden (s. Foto). Parteimitglied Waltraud Steinicke (Konstanz) hatte die Aktion organisiert; unterstützt wurde sie von den Mitgliedern Viktor Storz (Konstanz) und Maria Gockenbach (Radolfzell). Unser Info-Stand war sehr gut besucht; viele zeigten sich an den Aktivitäten unserer Partei interessiert und nahmen sich Informationsmaterial mit. Auch beteiligte man sich rege an der Unterschriftenaktion gegen das Schächten und Akkordschlachten.

Bei unseren Vorstandstreffen im Dezember 2010 und im Januar 2011 wurde eifrig an unserem Plan einer Langzeitkampagne für das totale Verbot des Schächten und Akkordschlachtens gearbeitet. Eine zusätzliche Hilfe war dabei sicher auch das Tagesseminar „Kampagnenmanagement“, angeboten von der Heinrich-Böll-Stiftung in Stuttgart, das wir am 26. Februar besuchten.

Wir führten Info-Stände in Freiburg, Emmendingen, Karlsruhe und Stuttgart durch, die viel Interesse bei den Besuchern fanden. Umfassende Informationen zur Kampagne finden Sie im Internetportal unter www.kampagnen-buendnis.de. Mitglieder, die konkret mitarbeiten wollen, können den Kampagnenplan bei unserer Landesgeschäftsstelle (ingeborg-holst@tierschutzpartei-bw.de) anfordern; Unterschriftenblätter können gern auch bei der Bundesgeschäftsstelle bestellt werden. (Ingeborg Holst)



Landesverband Bayern

Im Zusammenhang mit der Kampagne „Rettet die Bambies“ wurden verschiedene Aktivitäten entwickelt. So schrieb Barbara Nauheimer im Januar insgesamt 120 bayerische Tierschutzvereine an sowie sämtliche bayerischen Landratsämter bzw. die Unteren Jagdbehörden.

Es wurden rund 3 400 Flugblätter zum Thema „Rettet die Bambies“ von folgenden Parteimitgliedern verteilt: Klaus Rosenbeck (mit zwei weiteren Helfern) in Zachenberg (Wohnort von Minister Brunner) sowie von Inge Rössner, Thomas Tröscher, Christine Engelschall und Karin Drong vor dem Ministerium für Landwirtschaft und Forsten in München. Diane Wagner beteiligte sich ebenso an der Flugblatt-Aktion wie Frau Kandl in Seefeld und Barbara Nauheimer in Herrsching. Kaspar Obermüller, Heinrich Hecker und Horst Wester verteilten die Informationen in der jeweiligen Region.

Barbara Nauheimer und Dorit Funhoff arbeiten gemeinsam an einer Broschüre für Kinder mit dem Titel „Tiere sind meine

Freunde und meine Freunde esse ich nicht“, für die Horst Wester bereits Bilder herausgesucht hat und die in absehbarer Zeit fertiggestellt sein wird. (Barbara Nauheimer)



Landesverband Berlin

22.01.11: Teilnahme an der Groß-Demo „Wir haben es satt!“ für eine andere Agrarpolitik mit etwa 20 Parteifreunden aus Berlin und anderen Bundesländern.

26.01.11: Neujahrsempfang des LV im Rathaus Wilmerdorf, zu dem wir neben den Mitgliedern auch einige Tierschutzorganisationen eingeladen haben. Für das Büfett konnte unser Mitglied Bernhard Utzschneider Sachspenden von „Taifun Tofu“, „Topas Wheaty“ und „Berliner Kindl“ gewinnen. Begrüßen konnten wir u.a. Herrn Mahi Klosterhalfen von der „Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt“, die seit einigen Jahren eine der aktivsten Tierschutzorganisationen darstellt.

Februar – Juli 2011: Erfolgreiches Sammeln von 2 200 Unterstützungsunterschriften für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September. Gesammelt wurde u.a. in Parks, vor Bio-Läden, bei Tierheimfesten, beim Umweltfestival. Neben der Landesliste stehen ein Direktkandidat (Uwe Gorski) sowie unsere Partei bei den Bezirkswahlen in Tempelhof-Schöneberg zur Wahl.

Von Anfang August bis zum 18.09.11: Wahlkampf mit etwa 1 500 Plakaten und mindestens 5000 Flugblättern sowie einigen Infoständen, u.a. beim Berliner Tierschutztag. (Artur Kalka)



Landesverband Brandenburg

Gemeinsam mit dem LV Berlin organisierten wir am 22. Januar anlässlich der Demonstration in Berlin „Wir haben es satt“ einen Info-Stand vor dem Brandenburger Tor. 22 000 Menschen nahmen an dieser Veranstaltung für eine radikale Wende in der Agrarpolitik teil und brachten anhand von Transparenten ihre Meinungen zum Thema Agrarpolitik in einem Demonstrationszug durch die Berliner Innenstadt zum Ausdruck. Mit dabei waren auch zahlreiche Mitglieder unserer Partei, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Kenneth Ehlers (LV Brandenburg) und Bernhard Utzschneider (LV Berlin) waren am Infostand Ansprechpartner für viele interessierte Veranstaltungsteilnehmer, informierten diese ausführlich über unsere Parteiarbeit und sammelten gleichzeitig Unterstützungsunterschriften in Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18.09.2011.



(Kenneth Ehlers)



Landesverband Hamburg

Im Zuge der Vernetzung mit Gleichgesinnten nimmt der LV Hamburg aktiv am „Runden Tisch“ in Buchholz teil. Dabei handelt es sich um eine Interessengemeinschaft von Privatpersonen, die in unterschiedlichsten Bereichen aktiv sind. Es treffen sich zum Gedankenaustausch: Vertreter/innen der Grünen, des NABU, des BUND, von AgfaN (Arbeitskreis für artgerechte Nutztierhaltung), des Vereins „Lobby pro Tier“ (Bürgerinitiative gegen das Tierversuchslabor in Mienenbüttel) sowie mehrere Tierrechtler/innen. Aus dieser Gemeinschaft heraus wurde auch die Idee geboren, an der Tierrechts-Demo gegen die „Hähnchen“- Mastanlage in Sprötze zu demonstrieren.

Die LV-Vorsitzende Bettina Jung gab der Zeitschrift „Der Spiegel“ ein Interview, mit dem ein 7-seitiger Artikel über das Thema Vegetarismus eingeleitet wurde. Damit fand unsere Partei zum ersten Mal im „Spiegel“ namentliche Erwähnung! (Ausgabe 3 vom 17. 01. 2011). Zum selben Thema fand ein „Ganztags-Dreh“ auf dem Tier-Gnadenhof von Bettina Jung statt, der am 04. 04. 2011 im Rahmen der Spiegel-TV-Reportage gesendet wurde.

Mit Martin Buschmann von „Lobby pro Tier“, der mittlerweile auch dem Vorstand des LV Hamburg angehört, besteht eine besonders enge Zusammenarbeit. Durch Vermittlung dieses Vereins wurde Bettina Jung anlässlich der Neuwahlen in Hamburg zu einer Podiums-Diskussion im Tierheim Süderstraße eingeladen. Es wurde deutlich, dass die Tiere bei den etablierten Parteien so gut wie keine Rolle spielen. Für uns heißt dies: bei den nächsten Wahlen dabei sein! Es ist zu hoffen, dass es dann zu einer Wiederholung der Einladung zur Podiumsdiskussion kommt. (Bettina Jung)



Landesverband Hessen

Katharina Loibl, Vorstandsmitglied des LV Hessen, nahm an der alljährlich stattfindenden „International Animal Rights Conference“ vom 19. - 22. 05. 2011 in Luxemburg teil. Namhafte Wissenschaftler, Philosophen und Tierrechtler hielten Vorträge, und anschließende Diskussionen bereicherten das informative Programm. Katharina Loibl freute sich, am Rande der Veranstaltung wichtige neue Kontakte zur Tierrechtsszene knüpfen zu können.

Unser Landesverband nahm an regelmäßigen Anti-Atom-Demos sowie an den Montags-Mahnwachen nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima teil und verteilte eifrig Flugblätter.

Am 09. 06. fand in der Frankfurter Nationalbibliothek die Verleihung des diesjährigen Ethik-Preises der Giordano-Bruno-Stiftung statt. Geehrt wurden der australische Philosoph Peter Singer und die italienische Philosophin Paola Cavalieri für ihr „Great Ape Project“ (GAP). In einem aufschlussreichen Film wurden dieses Projekt sowie die dahinterstehende Organisation vorgestellt. Die anwesenden Mitglieder unseres LV freuten sich besonders über die Chance, dem weltbekannten Tierrechtler Peter Singer zu begegnen und ihn in einem Vortrag zu erleben.

Am letzten Tag der „Hessentage“ in Oberursel (10. - 19. 06.) – wegen des traditionellen Umzuges besonders gut besucht – verteilte der LV Hessen in einer Spontanaktion Info-Blätter an die Besucher, von denen einige als Mitglieder gewonnen werden konnten.

Wie auch im letzten Jahr, waren wir – zusammen mit dem LV Rheinland-Pfalz und dem Verein „BiNe“ – mit einem Info-Stand beim Christopher-Street-Day (30 und 31. 07.) in Frankfurt vertreten. Anhand des verteilten Info-Materials und von Gesprächen wurde deutlich: Intoleranz und Diskriminierung sind für unsere Partei kein Thema! (Christa Rust)



Landesverband Niedersachsen

Am 02. 01. eröffneten Manuel und Miguel Wetzig aus dem LV Niedersachsen ihr veganes Café „NIRVANA“ in Hannover in der Davenstedter Straße. Ihre Motivation war zum einen, durch das

Angebot von veganen Speisen den Gedanken der veganen Ernährung unter die Leute zu bringen, und zum anderen, den Tierrechtsgedanken zu verbreiten. Dies geschieht durch regelmäßige Veranstaltungen zum Thema „Tierrecht“, bei denen auch Gelegenheit besteht, unsere Partei bekannter zu machen. Der „vegane Laden“ der Brüder Wetzig ist mittlerweile in Hannover ein Begriff. Bei einem Trip nach Hannover unbedingt hereinschauen!



Im Januar und im April nahmen Margret Giese und Sabine Pankau an Demonstrationen teil: Am 21. 01. in Berlin (Demonstration gegen Agrarfabriken unter dem Motto „Wir haben es satt“) und am 30. 04. in Hamburg (zum „Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche“).



Vom 02. bis 09. 04. nahm Sabine Pankau als Vertreterin unserer Partei an der Demonstrationsreise des „Wal- und Delfinschutzforums“ (WDSF) und „PROWAL“ durch die Südtürkei teil. Dort gibt es zurzeit

noch 9 Delfinarien; die Tiere werden sogar zum Teil in Swimmingpools gehalten. Ein großer Erfolg: Anfang Mai wurde eine Anlage geschlossen. Es ist zu hoffen, dass weitere Schließungen folgen!

Mehr als 800 Gäste aus ganz Deutschland besuchten das „Vegan Spring“-Ereignis am 23. 04. in Hannover – bereits das vierte „vegane Event“. Neben einer größeren Zahl von Info-Ständen war auch unsere Partei mit einem Stand vertreten, betreut von Sabine Geisler, Martin Bothe, Harald Piltz und Sabine Pankau, die auch Mitorganisatorin der Veranstaltung war. Ein „Highlight“: Björn Moschinski (Berlin) präsentierte zusammen mit Sabine Pankau seine vegane Kochshow. Mehrere Redner ergänzten das Programm, das wieder große Zustimmung fand.

Am 03. 06. kam die angehende Fotografin Jennifer Riedel aus Hannover nach Wolfenbüttel, begleitete einen Tag lang den „politischen Alltag“ der Landesvorsitzenden (Arbeiten am

Laptop, Telefongespräche führen usw.) und hielt ihn in Bildern fest. Am Tag darauf war J. Riedel bei einem Partei-Infostand in Braunschweig dabei, den Parteimitglied Jürgen Michaelis (Hildesheim) zusammen mit Margret Giese betreute. Das Verteilen von Flugblättern und Gespräche mit Standbesuchern wurden fotografisch festgehalten; die Fotos und ihre Kommentierungen waren Prüfungsaufgaben.

Die Studentin Stefanie Preisser (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) führte – ebenfalls vor Ort – am 19. 07. ein Interview mit Margret Giese. Bei ihrer Abschlussarbeit im Rahmen ihres Magister-Studiums geht es um das Thema Tierversuche – einerseits aus Sicht der Industrie (sie absolvierte zwei Praktika bei den Firmen Merck und Sanofi-aventis), andererseits unter dem Gesichtspunkt „Was sagen Tierschützer/Tierrechtler zu Tierversuchen und wie steht die Partei Mensch Umwelt Tierschutz dazu?“ Ihr wurde unmissverständlich die entschiedene Ablehnung jeglicher Art von Tierversuchen seitens unserer Partei mitgeteilt.

(Sabine Pankau/Margret Giese)

Kreisverband Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Vom 27. bis zum 29. Mai war unser Kreisverband auch in diesem Jahr bei der Traditionsmesse „Delmenhorster Leistungsschau“ mit einem Info-Stand vertreten.



Der Weg vieler Tausend Besucher führte direkt an unserem großen und bestens platzierten Stand vorbei. Unsere Standbesetzung (Marita und Hans-Ulrich Adler sowie zeitweise Rosemarie Worgull) führte Informationsgespräche über Tier- und Umweltschutz und diskutierte mit Besuchern auch angeregt über aktuelle kommunale Themen.

Auf Einladung des engagierten Delmenhorster Arbeitskreises „Sauberes Delmenhorst“ nahm auch unsere Partei – vertreten durch Marita Adler, Mitglied im Kreisverband Delmenhorst – am 08. Juli an einer Podiumssitzung teil. In der zweistündigen Sitzung diskutierten – unter der Moderation des „Delmenhorster Kreisblattes“ – der Oberbürgermeister sowie die Vertreter der verschiedenen Parteien mit rund 70 Besuchern über die anstehenden Probleme und deren Lösung.

(Marita Adler)



Landesverband Nordrhein-Westfalen

In NRW haben wir eine rot-grüne Minderheitsregierung, deshalb schwebt der „Geist der Neuwahl“ derzeit über allen parteipolitischen Aktivitäten. Dennoch wartet der LV NRW nicht auf den „Tag der Tage“ – im Gegenteil! Vielfältige, z. T. selbst initiierte Aktionen standen auf unserem Programm: Am 09.04. veranstalteten wir in Düsseldorf – zusammen mit der TR-Organisation „Die Eulen“ – eine Kundgebung zum „Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche“. Am 05.06 führten wir in Duisburg eine Demonstration gegen

den geplanten Welpenhandel bei Zoo Zajac durch, und am 23.07. beteiligten wir uns an der Organisation des „Veganmania Sauerland“. Mitglieder unseres LV waren u. a. auch bei folgenden Aktionen dabei: in Münster (Veggie-Tag), Köln, Wuppertal, Siegen, Bielefeld (Anti-Atom), Iserlohn (Friedensfestival), Duisburg (wieder Zoo Zajac und Tierheimfest), Düsseldorf (Anti-Pelz).

Inzwischen ist unsere Aktion „Gutes statt Plastik“ angelaufen, die das Verbot von Plastiktüten in Supermärkten zum Ziel hat.

(Michael Siethoff)



Landesverband Rheinland-Pfalz

Anfang Februar war das „Aktionsbündnis Jagdfreie Natur“ in Dortmund mit einem Info-Stand vertreten – als Gegenpol zu der Jagdmesse. Neben der – vom LV Hessen organisierten – Veggie-Messe in Wiesbaden, nahmen wir an verschiedenen Anti-Atom- und Anti-Pelz-Demos sowie Stammtischen und Informationsveranstaltungen teil.

Nach der im März alljährlich in Frankfurt stattfindenden großen Anti-Pelz-Demo organisierten wir zusammen mit „pro iure animalis“ einen Infostand zum Ostermarsch in Mainz, bei dem erstmalig eine Rede gegen die Jagd gehalten wurde.

Zusammen mit den Landesverbänden Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nahmen wir mit einem Info-Stand bei der Veranstaltung „Deine Stimme den Stimmlosen“ teil, die unter der Federführung von Tier-Time e. V. in Köln stattfand.

Danach folgten zusammen mit pro iure animalis eine Mahnwache gegen den Zirkus Krone in Landau und im Juni das Benefiz-Festival „Wuzzdog“, das zugunsten des Tierheims Viernheim veranstaltet wurde.



Schrill und bunt ging es zu auf dem Christopher-Street-Day in Frankfurt, den wir mit unserem Infostand bereicherten.

Mit Flugblättern und Plakaten demonstrierten wir zusammen mit den Organisationen „Tiere im Quadrat“ und „Tiere 2000“ gegen ein Rodeo in Hockenheim, das Tiere zum Spaßfaktor für einen konsumsüchtigen Mob degradiert.

Ende August demonstrierten wir, wie letztes Jahr, zusammen mit unseren Parteifreunden Dr. Walter Neussel und Thomas von Hagenow gegen die Fleischfabrik in Wittlich. (Petra Kuppinger)

In eigener Sache: In der ZW 40, Seite 27 (LVs in Aktion: Rheinland-Pfalz) wurde versehentlich Renate Kochenrath als Autorin angegeben. Der Text wurde jedoch von Udo Dautermann verfasst.



Landesverband Sachsen-Anhalt

Am 15.11.2010 fand eine Veranstaltung der Zeitung „Volksstimme“ mit über 600 Anwesenden in der Magdeburger Johanniskirche statt. Gesprächspartner war neben Dr. Köppe (Vors. Kuratorium



Ulrichskirche), Herrn Prottengeier (Vors. Architektenkammer) und OB Dr. Trümper auch unser Vorsitzender Josef Fassl für die Bürgerinitiative „Demokratie wagen – Bürger fragen“. Das in erster Linie von un-

seren Mitgliedern mitverantwortete Bürgerbegehren war erfolgreich und führte dazu, dass der Stadtrat in seiner Januar-Sitzung mit der Abstimmung über den umstrittenen Nachbau der Kirche den ersten Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt beschloss, zu dem die Magdeburger an die Wahlurne gerufen wurden.

Am 06.12.2010 war der Vorsitzende Josef Fassl Prozessbeobachter der Berufungsverhandlung gegen den Magdeburger Zoodirektor Kai Perret.

Die letzten Monate vor der Landtagswahl am 20. März waren durch den Wahlkampf bestimmt sowie durch die Vorbereitungen zum Bürgerentscheid am selben Tag. Daneben nahmen wir teil an der Demo „Wir haben es satt!“ in Berlin, an Castor-Protesten im Wendland (Andreas Döring, Nancy Streit) und in Magdeburg (Josef Fassl, Rotraud Buch, Peter Barczik) und protestierten in Merseburg (Christine Bril) gegen eine Hunde-Versteigerung.

Mitglieder unseres LV nahmen am Ostermontag unter Leitung der stv. Vorsitzenden Rotraud Buch an der Protestkundgebung gegen das Atom-Endlager in Morsleben teil. Im Juni begleiteten Kathy Schneider und Andreas Döring Sternfahrer, die für eine Änderung der Agrarpolitik plädierten, auf ihrem Weg durch Sachsen-Anhalt nach Berlin. Die Sternfahrer waren im Allgäu, in Rostock, Ostfriesland und Südhessen gestartet.

Stadtrat Lothar Tietge war u. a. für die Abschaffung einer tödlichen Falle in Magdeburg aktiv. Mehrere Rehe und Füchse waren bereits ertrunken, die Stadtverwaltung schob das Problem vor sich her. Erst die Einschaltung der Medien brachte Bewegung in die Sache.

Außerdem konnten wir zur Abweisung der Normenkontrollklage des Landes Sachsen-Anhalt in den Medien Stellung beziehen. Unsere Landesregierung wollte Landwirte, deren genveränderte Pollen Nachbarfelder verunreinigen, aus der Haftung entlassen. Dem hat das Bundesverfassungsgericht zum Glück einen Riegel vorgeschoben. Daneben veröffentlichte die Presse auch u. a. unsere Stellungnahmen zum gescheiterten Antrag gegen ein Verbot der Reptilienbörsen in städtischen Einrichtungen und zum Endurteil gegen den Magdeburger Zoodirektor.

Die Vorstandsmitglieder Josef Fassl, Peter Barczik und Bettina Fassl machten sich am 31.07. auf den Weg nach Berlin, um sich mit Karina Gührke zu treffen, die sich den Aufbau einer regionalen Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern zum Ziel gesetzt hat. Peter Barczik berichtete eingangs über seine Motivation, im Jahre 1996 den LV Sachsen-Anhalt ins Leben zu rufen. Unterstützt von Günter



Schuchart als Mitglied des Bundesvorstandes und Michael Bode vom LV Berlin, wurde über die bisherige Parteiarbeit in den beiden Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Berlin diskutiert und überlegt, welche unserer Schwerpunktthemen auch in Mecklenburg-Vorpommern als erste Ziele übernommen werden könnten. Die Länder haben, wie wir wieder einmal bestätigt fanden, viele gemeinsame Probleme, wie die sinnlose Diskriminierung einzelner Hunderassen als „Kampfhunde“, die Zunahme der industriellen Fleischproduktion in den Massentierhaltungsanlagen, die drohende Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen und die wirtschaftliche Lage der jeweiligen Einwohner.

Versorgt mit Materialien und vielen Tipps machte sich Frau Gührke auf den Weg nach Hause. Wir werden sie in den nächsten Monaten bei ihrer zu bewältigenden Aufgabe begleiten.

(Bettina Fassl)



Landesverband Thüringen

Ein Fall unter vielen - Teil 1

Der Landesverband Thüringen der Partei Mensch Umwelt Tierschutz, vertreten durch seinen Vorsitzenden Harald von Fehr sowie das tierschutzaktive Parteimitglied Frau Astrid Suchanek, erstattet hiermit

Strafanzeige

gegen die zu ermittelnde Streifenwagenbesatzung der Lübecker Polizei, die am Sonntag, den 11. April 2010 beim Autobahnkreuz Lübeck (A1 und A20), tierschutz- und gesetzwidrig, ohne jegliche Skrupel und „ohne vernünftigen Grund“ einen freilaufenden Schäferhund mit ihrem Dienstwagen vorsätzlich totgefahren hat, wie am 15. April 2010 gegen 16:47 Uhr die dpa meldete.

Darüber hinaus erfasst unsere Strafanzeige ebenfalls auch die unmittelbaren Vorgesetzten der sich strafbar gemachten Streifenpolizisten, da hier unverkennbar davon auszugehen ist, dass die diensttunenden Polizeibeamten von diesen nicht in ausreichendem Maße über Einsätze dieser oder ähnlicher Art und den sachlich und fachlich richtigen Umgang damit belehrt worden sind. Da dies ein Verbrechen ist, was derart monströs und pervers und somit nicht konkret im Gesetz spezifiziert ist, wurde durch eine solch abnormale Straftat, die keinesfalls mit Vernunft einhergeht, der Straftatbestand der Tötung ohne vernünftigen Grund mehr als nur erfüllt. Gemäß § 4 in Verbindung mit § 17 (1.) Tierschutzgesetz (TSchG) sowie Artikel 20a Grundgesetz (GG) haben sich die an der Tötung beteiligten Polizeibeamten in höchstem Grade strafbar gemacht. Ihren Vorgesetzten bleibt nicht erspart, sich gemäß § 336 StGB wegen Unterlassung der Diensthandlung zu verantworten. Ein rechtfertigender Notstand gemäß § 34 StGB kann hier nicht geltend gemacht werden, da weit mildere Mittel der Schadensbegrenzung den Polizeibeamten zur Verfügung standen, als das Tier zu töten – und das auch noch auf die barbarischste Art und Weise, die es überhaupt gibt. Einen verstörten, ängstlich auf der Autobahn umherlaufenden Hund brutal und tierversachtend mit voller Absicht zu überfahren, ist keinesfalls ein angemessenes Mittel eine evtl. Gefahr abzuwenden. Hier wurde eklatant gegen alle Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstoßen.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe der ZeitenWENDE.

(Harald von Fehr)

Der Bundesvorsitzende über den 27. Bundesparteitag und über die Kritik an der Arbeit des Bundesvorstandes

Reden wir offen miteinander

Zweifellos war der 27. Bundesparteitag im April ein Parteitag, der von Konflikten geprägt war. Immerhin begann er harmonisch mit der Verleihung der „MUT-Medaille“, die Frau Johanna Wothke (Vorsitzende von „pro animale e.V.“) erhielt.

Nach meiner Laudatio berichtete Frau Wothke über ihre Arbeit, und man konnte nur staunen, wie es ihr – seit Jahren zusammen mit ihrer Tochter Natascha – gelingt, in den verschiedensten Ländern Tier-Asyle aufzubauen. Zu Recht wurde dieser hoch engagierten Tier-schützerin viel Beifall gespendet.

Nach der Mittagspause ging es um die Aufarbeitung von problematischen Vorgängen im Zusammenhang mit der hessischen Kommunalwahl, und von Harmonie war nichts mehr zu spüren. In einer Powerpoint-Präsentation verdeutlichte ich – stellvertretend für den Bundesvorstand – in Wort und analoger Bildfolge, dass seitens des damaligen Landesvorsitzenden Arndt und seines Stellvertreters Kölsch in vielfältiger Weise gegen Bestimmungen der Satzung und des Parteiengesetzes verstoßen wurde und es dadurch zu einem inakzeptablen Wählerbündnis unserer Partei und den für ihre rechtspopulistischen Äußerungen bekannten „Freien Wählern Frankfurt“ (FWF) gekommen war. Weder hatte eine Wahl von Kandidaten/innen nach den satzungsrechtlichen Bestimmungen stattgefunden noch waren alle Mitglieder des Landesvorstandes Hessen über das Wahlbündnis ausreichend informiert worden. Sie hatten somit im Vorfeld keine Möglichkeit, darüber zu befinden, ob die programmatischen Aussagen des „Bündnispartners“ dem Selbstverständnis unserer Partei entsprachen. Auch der Bundesvorstand wurde vom Landesverband Hessen nicht informiert.



Die „FWF“, die während der hessischen Kommunalwahl durch Presse, Internet-Meldungen und sogar Demonstrationen als rechtspopulistische Vereinigung ins Gerede gekommen waren, warben mit einem Plakat mit dem Slogan „Sarrazin in Frankfurt beherzigen!“, auf dem zu lesen war: „Freie Wähler Frankfurt im Bündnis mit...“ – danach folgte unser Logo. Nicht nur der Landesverband Hessen wurde also als Bündnispartner dargestellt, sondern gleich unsere gesamte Partei! Der Bundesvorstand war sich darüber einig, dass sich unsere Partei offiziell und ausdrücklich von besagtem Wahlbündnis distanzieren müsse, da die – unserer Meinung nach fremdenfeindlichen – Aussagen im Integrationskonzept der „FWF“ in jeder Hinsicht dem demokratischen und ethischen Grundkonsens der Partei widersprechen.

Leider war vor dem Parteitag der Versuch einer Klärung über das Zustandekommen des Wahlbündnisses gescheitert. Herr Arndt und sein Stellvertreter Kölsch, der für die „FWF“ zusammen mit seiner Lebensgefährtin Rita Ridinger kandidierte, verweigerte jeglichen Dialog mit der Begründung, der Bundesvorstand sei nicht befugt, sich in Angelegenheit des Landesverbandes Hessen einzumischen. Zum Teil wurde mit äußerst diskreditierenden Äußerungen über einzelne Bundesvorstandsmitglieder reagiert. Die Hartnäckigkeit und die unzureichenden Auskünfte, mit denen sich Herr Arndt den Fragen entzog, führten dazu, dass dieser Fall auf dem Bundesparteitag behandelt wurde. Bedauerlicherweise erkannten nicht alle anwesenden Parteimitglieder die Tragweite

der Problematik und es kam zu heftigen Diskussionen. Der Bundesvorstand sah sich am Ende der Debatte gezwungen, Volker Arndt von seinem Amt als Landesvorsitzender bis zur endgültigen Klärung, wer besagtes Bündnis geschlossen hatte, befristet zu suspendieren. Noch während des Bundesparteitages traten Herr Kölsch und Frau Ridinger aus der Partei aus; drei Tage danach folgte ihnen Volker Arndt. Kurze Zeit später stellte sich heraus, dass Reinhard Kölsch besagtes Bündnis geschlossen hatte, und es ist vorauszusetzen, dass dies mit Wissen und Billigung seitens des ehemaligen Landesvorsitzenden Arndt geschah.

Obwohl Volker Arndt am 19. April ausgetreten war, schloss er im Namen der Partei Anfang Mai ein Fraktionsbündnis mit der Linkspartei und den „Freien Wählern“ im Kreistag Groß-Gerau und gab sich als Mitglied unserer Partei bei Presseerklärungen aus. Der Bundesvorstand unterrichtete sowohl den Kreistag Groß-Gerau als auch den Stadtrat Mörfelden über Arndts Parteiaustritt und die Hintergründe. Am 26. Mai konnte man dann in der hessischen Presse ein Statement von Volker Arndt lesen, in dem es hieß: „Der Bundesvorstand hat keine Ahnung von Politik.“ Dies sei auch einer der Gründe, warum er ausgestiegen sei.

Der Schlussakkord seitens Volker Arndt bestand darin, dass er Anfang Juli gegen mich Strafanzeige wegen „Verleumdung und Verunglimpfung“ seiner Person bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt stellte. Das Ermittlungsverfahren wurde natürlich eingestellt, da die vorgebrachten Beschuldigungen unhaltbar und lächerlich waren. Dass es keine Kompromisse bei rechtspopulistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen geben darf und ein entschiedenes Durchgreifen im Fall des Wahlbündnisses mit den „FWF“

richtig war, zeigen uns die tragischen Ereignisse in Norwegen, als der rechtsgerichtete, ausländerfeindliche Anders Breivik 69 junge Menschen erschoss und einen verheerenden Bombenanschlag mit 8 Toten in Oslo verübte. Der Bundesvorstand bleibt wachsam und verliert den Grundsatz „Wehret den Anfängen“ nicht aus den Augen! Auch ein anderes Thema führte zu kontroversen Diskussionen. Hintergrund: Dem Bundesvorstand, den Bundesgeschäftsstellen und einigen Landesverbände sowie den neuen Mitgliedern seit 2008 liegt eine fehlerhafte Satzung aufgrund einer Verwechslung vor, da verschiedene Beschlüsse aus den Jahren 2006/07 nicht eingefügt wurden. In der Annahme, eine aktualisierte Satzung vorliegen zu haben, stellte der Bundesvorstand seinen Antrag bezüglich der Regelung über Delegiertenparteitage. Vor und während des Parteitages war es niemandem aufgefallen, auch den einzelnen Landesverbänden nicht, dass man von einer veralteten Satzung ausgegangen war und der Antrag des Bundesvorstandes wurde angenommen. In der zweiten Mai-Woche stellte der LV Berlin einen Antrag an das Bundesschiedsgericht (BSG), den Parteitagsbeschluss zu § 8.7 anzufechten. Einerseits ist das BSG laut unserer Satzung nicht zuständig für derlei Entscheidungen, andererseits ist es selbstverständlich, dass der gefasste Beschluss null und nichtig ist, da der Antrag samt Begründung auf einer nicht aktuellen Satzung beruht und somit die korrekte Satzung zu diesem Punkt nicht aufgehoben wurde, sondern immer noch Gültigkeit hat.

Der Bundesparteitag endete wie so oft viel zu früh; man hätte gern noch über das eine oder andere Thema diskutiert und Kontakte zu neuen Parteimitgliedern geknüpft. Es bleibt zu hoffen, dass der nächste Bundesparteitag unter einem besseren Stern steht!

Aufgrund unseres Antrags zu § 8.7, der unerfreulichen Vorkommnisse in Zusammenhang mit Volker Arndt und der Verzögerung dieser Ausgabe unseres Parteimagazins, wurde in der letzten Zeit aus zwei Landesverbänden an der Arbeit des Bundesvorstandes, insbesondere an meiner Arbeit als Bundesvorsitzender, gezielt Kritik geübt – wahrscheinlich, weil in Kürze Bundesvorstandswahlen stattfinden. Kritik vor Vorstandswahlen gehören zum politischen Geschäft, der Versuch, die Kritik zurückzuweisen, ebenso. Was den Ex-Landesvorsitzenden Arndt und den Antrag zu § 8.7 betrifft, dürfte nun Klarheit herrschen.

Was die Verzögerung dieser Ausgabe der

ZeitenWENDE betrifft, meine Erklärung: Es wurde anscheinend vollkommen außer Acht gelassen, dass diejenigen Mitglieder des Bundesvorstandes, die maßgeblich für die ZeitenWENDE zuständig sind, auch andere Parteaufgaben zu bewältigen haben, und dass doch wohl der Bundesvorstand darüber entscheidet, welche Projekte auf der Arbeitsliste Priorität haben. Es wurde anscheinend ausgeblendet, dass neben der Organisation des Bundesparteitages im April, PR-Veranstaltungen mit der Schauspielerin Barbara Rütting in Hamburg und Bayreuth auf dem Programm standen, um den Bekanntheitsgrad der Partei zu erhöhen, ebenso eine Podiumsdiskussion mit der tierschutzpolitischen Sprecherin von Bündnis90/Grüne, Undine Kurth (MdB), in der Nähe von Aschaffenburg. Daneben standen Demonstrationen und Tierrechtsveranstaltungen in Viernheim, Hamburg und Karlsruhe an sowie eine Sitzung des Landesvorstandes Hessen und eine des Bundesarbeitskreises Jagd in Frankfurt.

Zum Jahresanfang unterstützten wir außerdem den Landesverband Sachsen-Anhalt bei der Gestaltung des Wahlkampfmaterials und der Produktion des Wahlkampfspots für TV und Radio; in Bremen wurde mit dem „Tierrechtsbund-aktiv“ verhandelt, um die dortige Gründung eines Landesverbandes möglich zu machen. Sehr zeitintensiv war auch die längst überfällige Komplettüberarbeitung der Bundessatzung und der satzungsrelevanten Ordnungen durch die Satzungscommission. Gleichzeitig war das alltägliche Parteimanagement (Bundeshomepage, Korrespondenz, Vorstandssitzungen, Telefonkonferenzen, Mitglieder motivation, Besprechungen im Finanzausschuss usw.) zu erledigen. All diese Leistungen werden von den Kritikern offenbar als selbstverständlich angesehen oder sind allzu schnell in Vergessenheit geraten. Wir sind eine kleine Partei und einige Vorstandsmitglieder haben permanent mehrere Aufgabenbereiche zu beackern. Dem Bundesvorstand diese erste Verzögerung der Ausgabe der ZeitenWENDE seit dem Jahr 2007 (Ausgabe 25) vorzuhalten, ist mehr als überzogen!

Kritik an Vorständen ist in allen Parteien gang und gäbe, deshalb darf selbstverständlich auch in unserer Partei Kritik am Bundesvorstand geübt werden. Die Mitglieder des Bundesvorstandes sind dafür offen, solange die Kritik berechtigt und konstruktiv ist. Wenn Menschen miteinander arbeiten, treten zwangsläufig hin und wieder kontro-

verse Meinungen und sogar Streitigkeiten auf, weil man verschiedene Sichtweisen zu einem Thema haben kann. Wir sollten uns daran gewöhnen, dass eine gewisse Streitkultur zur Demokratie gehört. Die Grundvoraussetzung für die Beilegung von Differenzen und dem Erreichen eines gemeinsamen Konsenses ist die Kommunikation. Wird sie gezielt verweigert, so wie beispielsweise im Fall von Volker Arndt, können selbst lösbare Probleme eskalieren. Die Partei hatte seit ihrem Bestehen mit etlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Leider waren viele auf Missverständnisse und Unwissenheit zurückzuführen. In der Vergangenheit wurden die meisten dieser Schwierigkeiten überwunden, weil am Ende immer die Vernunft die Oberhand behielt und das gemeinsame Ziel – unser Kampf für Mensch, Tier und Umwelt – ein konstruktives Miteinander trotz unterschiedlicher Sichtweisen ermöglichte. Es bleibt zu hoffen, dass auch in Zukunft die Vernunft in unserer Partei die Oberhand behält. *Stefan Bernhard Eck*

Redaktion ZEITENWENDE

Wir gratulieren! Wahlerfolge 2011

Kommunalwahl in Hessen

Der Bundesvorstand gratuliert Kristine Conrad vom Landesverband Hessen zu ihrem Wahlerfolg bei der hessischen Kommunalwahl am 27. März 2011 im Landkreis Kassel. Sie erzielte für unsere Partei 1,6 Prozent mit 113 908 abgegebenen Wählerstimmen. Unsere Kandidatin Kristine Conrad gewann damit einen Sitz im Kreistag.

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Der Bundesvorstand gratuliert den Mitgliedern des Landesvorstandes von Sachsen-Anhalt zu ihrem Wahlerfolg bei der Landtagswahl am 20. März 2011. Der Landesverband erzielte für unsere Partei 1,6 Prozent mit 15 727 abgegebenen Zweitstimmen. Der Landesverband Sachsen-Anhalt hat wegen der 5%-Klausel zwar keinen Sitz im Landtag gewonnen, erzielte aber ein durchaus respektables Ergebnis.

Literaturempfehlungen



Karen Duve
Anständig essen -
Ein Selbstversuch

Im Jahr 2010 war das Thema „Fleisch essen“ in den Medien dauernd präsent. Sowohl in Zeitschriften als auch im Fernsehen wurde über das Thema berichtet; vor allem das Buch von Jonathan Safran Froer „Tiere essen“ hat dazu beigetragen. Karen Duve hat in ihrem Buch einen Selbstversuch beschrieben, mit dem sie nach eigenen Worten „ein besserer Mensch“ werden wollte. Sie testete verschiedene Ernährungsweisen, inklusive der dazugehörigen Weltanschauung. Bevorzugte sie bis dahin „Hähnchen-Grillpfanne“, Cola light und Lakritze, ernährte sie sich je zwei Monate biologisch, vegetarisch, vegan und frutarisch. „Wieso hatte ich immer wieder Qualfleisch gekauft?“ Sie entlarvte ihre Antwort als Ausrede, Gewohnheit, Egoismus und Grausamkeit, die das Mensch-Tier-Verhältnis kennzeichnet. Wie schwer es ist, ein moralisch einwandfreies Leben zu führen, spürte sie erst ab der veganen Testphase: Sie bemerkte, dass unser Konsum auf der Ausbeutung von „Nutztieren“ basiert und dass sich Milch oder Fleischanteile auch in den Nahrungsmitteln befinden, wo man es nicht vermutet hätte.

Allerdings zieht sie am Ende ihres Selbstversuchs leider nicht die notwendige Konsequenz, sondern lässt sich ein Schlupfloch: Höchstens zehn Prozent dessen, was sie früher an Fleisch, Fisch und Milch verzehrt hat, will sie in Zukunft kaufen; auf Leder und Daunen will sie gänzlich verzichten. Man fragt sich, warum sie weiterhin Tiere essen will, obwohl sie sich so ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt hat! Auch bei Auftritten im Fernsehen geht sie immer wieder auf diese 10 Prozent ein. Solch ein Schlupfloch kann dazu führen, dass der Leser sich sagt: „Ach, ich esse ja schon weniger Fleisch!“ und sich damit leicht selbst betrügen kann. Schade, eine klarere Botschaft hätte man sich „anständigerweise“ gewünscht. Trotzdem ist das Buch ein wichtiges in der Reihe der „Vegetarier/Veganer-Bücher“, das gut informiert und unterhält.

Sabine Pankau
Redaktion ZEITENWENDE



Dr. Gunter Bleibohm
Fluch der Geburt -
Thesen einer Überlebens-
ethik

Die Lektüre dieses Buches setzt ein Höchstmaß an Objektivität und viel Mut voraus, denn das Fazit über das Dasein der Gattung Mensch ist alles andere als positiv und steht im krassen Gegensatz zu unseren angeborenen Denk- und Verhaltensmustern und der eingeengten Sichtweise der ignoranten „Masse Mensch“.

Das Buch rüttelt an den Grundfesten des kulturellen Erbes der „Krone der Schöpfung“, es führt ihren schizophrenen Herrschaftsanspruch ad absurdum und demontiert den „Status“ unserer Spezies im Weltganzen. Es demaskiert sowohl unsere gängigen Moralvorstellungen als auch die menschliche „Vernunft“; beide verursachen lebensbedrohliche Entwicklungen: Ich spreche von dem alltäglichen Wahnsinn der Menschheit, dem nicht nur die eigene Gattung, sondern jegliche belebte Natur zum Opfer fällt.

Der Autor scheut sich nicht, auch die große „Sinnfrage“ des Daseins, frei von jeder religiös-spirituellen Spekulation, aufzugreifen, und kommt dementsprechend zu einem ernüchternden Ergebnis. Es ist die emotional aufrüttelnde Einsicht, dass dem Dasein ein immanenter Sinn gänzlich fehle.

In „Fluch der Geburt“ geht es um die brisanteste Frage unserer Zeit: Wie viele Menschen trägt unsere Erde und wie ist der unbremsten Vermehrung der Menschheit Herr zu werden?

Trotz der tiefen Resignation, die die unleugbaren Fakten vermitteln, und trotz der durchaus logischen Schlussfolgerung einer „suizidalen Endlösung“ bietet der Autor einen versöhnlichen und vernünftigen philosophischen Lösungsweg an. Er dürfte die einzige Chance der Gattung Mensch sein, ihren Abgang von der Erdenbühne als mitwirkende Akteure bis zum großen Finale zu erleben. Eine drastische Reduzierung von Tierleid und Naturzerstörung wären zusätzliche positive Folgeerscheinungen bei dem aufgezeigten Lösungsweg.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Karen Duve:
Anständig essen - Ein Selbstversuch
Verlag: Galiani, Berlin
1. Auflage 2011, gebundene Ausgabe, 335 Seiten
ISBN-13: 978-3-86971-028-0, ISBN-10: 3869710284
Preis: ca. 19,99 Euro

Dr. Gunter Bleibohm:
Fluch der Geburt - Thesen einer Überlebensethik
Erschienen im Selbstverlag, 2010
Satz und Herstellung: Hoos Mediengestaltung, Landau
Gebundene Ausgabe, kartoniert, 111 Seiten
Preis: 7,80 Euro, Bezugsmöglichkeit: www.pro-iure-animalis.de

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei -
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel.: 069/76 80 96 59
Fax: 069/76 80 96 63
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung:

Margret Giese, Stefan B. Eck
Postanschrift: Stefan B. Eck
Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam:

Christine Engelschall, Franziska Ute
Gerhardt, Harry Harper, Sabine Jedzig,
Bettina Jung, Sara Kaute, Ingeborg
Mauler, Barbara Nauheimer, Sabine-
Brigitte Pankau, Manuela Rollins,
Michael Siethoff, Horst Wester

Satz, Layout:

Claudia Carius/www.claudiacarius.de

Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1300 Exemplare
Erscheinungsweise: 3 Mal jährlich

Bank: LB Baden-Württemberg,
BLZ: 600 501 01, Konto: 4286 088

Rechtliches:

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir behalten uns die Kürzung/Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch unsere Beiträge zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Alle Rechte vorbehalten.

Redaktionsschluss: 15. November 2011

Unsere vegetarisch/vegane Einkaufsempfehlung

Vegilicious Veggie Shop

In den letzten Jahren hat sich das Gesicht der meisten Supermärkte zugunsten einer immer größer werdenden Zahl von Konsument/innen verändert, die sich der vegetarisch/vegane Lebensweise zuwenden. Das Sortiment an fleischlosen Lebensmitteln ist immer reichhaltiger geworden und gehört mittlerweile zum üblichen Supermarkt-Angebot. Im Vergleich zum „Dschungel“ der Waren, in denen Fleisch eine Rolle spielt, führen sie allerdings noch ein Schattendasein. Umso erfreulicher ist, dass Kim Kalkowski im März 2011 den ersten vega-



nen Supermarkt Deutschlands in Dortmund eröffnet hat. Auf 90 Quadratmetern verkauft sie Lebensmittel, die sämtlich frei sind von tierlichen Inhaltsstoffen. 1 800 Artikel werden angeboten: Neben veganen Schnitzeln auch eier- und milchfreie Kekse, Kuchen-Backmischungen, Tiefkühlpizza, Süßes wie Weingummi ohne Gelatine und vieles andere. Auch tierfreundliche Kosmetik z. B. aus Hanf ist dabei. Der „vegane Vierbeiner“ kann sich über Hundewurst freuen.

Wegen der steigenden Nachfrage wird auch ein Versandhandel per Internet (www.vegan-wonderland.de) betrieben. Die Zahl der Mitarbeiter wurde von zwei auf sechzehn aufgestockt! Natürlich können die Preise nicht so niedrig gehalten werden wie im normalen Supermarkt, denn die Artikel sind durchweg von hoher biologischer Qualität und werden zumeist über kleine Händler bezogen.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE

Das vegane Rezept

Veganer Apfelstrudel

Diese gebackene Köstlichkeit ist, ob kalt oder warm serviert, geradezu ideal, um mitten im oftmals hektischen Alltag zur Ruhe zu kommen!

Zutaten:

4 EL Margarine für den Teig, z.B. Alsan
250 g Mehl
½ TL Salz
1 EL Speisestärke
1 kg Äpfel
1 EL Zitronensaft
75 g ungeschwefelte Sultaninen
125 g Zucker
½ TL Zimtpulver
1 P. Bourbon-Vanillezucker
50 g gehackte Haselnüsse
Mehl zum Bestäuben des Strudels
3-4 EL Margarine zum Einfetten
50 g Puderzucker

Zubereitung: Den Backofen auf 50°C vorheizen, die Margarine zerlassen, Mehl, Salz, 125 ml lauwarmes Wasser und die Margarine zu einem weichen Teig verkneten, mit warmem

Wasser bestreichen und abdecken. Backofen ausschalten, Teig ca. 30 Min. darin ruhen lassen. Äpfel schälen, vierteln, in dünne Spalten schneiden, mit Zitronensaft beträufeln. Sultaninen waschen. Backofen auf 210°C vorheizen. Den Teig auf einem mit Mehl bestäubten Küchentuch dünn ausrollen und zu einem Rechteck auseinanderziehen. Apfel-

spalten, Sultaninen, Nüsse, Zucker, Vanillezucker und Zimt auf dem mit Speisestärke bestäubten Teig verteilen. Dabei einen ca. 2 cm breiten Rand lassen und nach innen einschlagen. Den Teig locker aufrollen, an den Enden gut zusammendrücken und - mit der „Naht“ nach unten - auf ein mit Margarine eingefettetes Backblech legen. Den Teig während der Backzeit (ca. 55 Min., mittlerer Einschub) mehrmals mit der restlichen Margarine bestreichen und nach Herausnehmen mit Puderzucker bestäuben.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE



Leser/innenbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leser/innenbriefe zu kürzen.

Leserbrief zu „Das Botswana-Projekt“ und „Deutschland schafft sich ab“ (ZeitenWENDE Ausgabe 40)

Ob Deutschland sich abschafft, ist nicht so wichtig. Viel wichtiger: Globalisierung schafft Tier- und Pflanzenarten und auch Völker ab; aktuell die „Buschmänner“, langfristig alle Völker.

Bezeichnenderweise wurden die Kapitalismus-konformen Thesen Sarrazins (Wie lassen sich Einwanderer reibungslos in den Arbeitsmarkt integrieren? Wie kann Deutschland seine Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt sichern?) weitgehend als diskussionswürdig erachtet, seine biologistischen Äußerungen über Völker und Gene hingegen als unanständig abgetan. Dabei sind gerade Letztere wichtig. Denn sollten die Unterschiede zwischen z.B. Buschmännern, Bantus und Weißen nur sozioökonomisch bedingt sein, dann könnten nach dem Aussterben der „Buschmänner“ aus Bantus und Weißen wieder derartige Völker entstehen. Haben die Unterschiede jedoch eine genetische Basis, dann ist für die Menschheit ein Aussterben solcher Völker unwiderruflich.

Der Wirtschaftswachstums-Wahn, den wir Weiße der ganzen Welt aufdrängen, lässt sich evolutionsbiologisch verstehen als Perversion des für unsere Vorfahren sehr wichtigen Strebens, die (Winter-)Vorräte wachsen zu lassen. Jahrtausende galt in Europa: Wer im Sommer und Herbst sich zufrieden zurücklehnt, dessen Kinder und somit Gene kommen nicht über den Winter. Es wäre verwunderlich, wenn dies nicht zu für unser Verhalten wesentlichen Erbgut-Verschiebungen geführt hätte.

Vielleicht sind wir Weiße für eine langfristig nachhaltige Lebensweise genetisch schlecht angepasst. Vielleicht stellt sich in einigen hundert oder tausend Jahren heraus, dass die Menschheit eher in Form der „Buschmänner“ überleben kann – wenn es die dann noch geben sollte. Niemand kann dies heute wissen. Eines allerdings können wir wissen: Jedes Volk und jede Kultur bedeutet für die Menschheit eine Zukunftschance, und je vielfältiger die Menschheit strukturiert ist, desto mehr Überlebenschancen hat sie. Globalisierung im Sinne einer Homogenisierung hingegen ist der sicherste Weg, die Überlebenschancen der Menschheit zu minimieren. Auch deswegen sollten wir alle Äste am Stammbaum der Menschheit wertschätzen.

Leider neigt die traditionelle Linke dazu, gemäß „Gleich sein oder nicht sein, das ist hier die Frage“ zu verfahren: Sie begründet ihre Mitmenschlichkeit mit der Behauptung, alle Menschen seien gleich geboren; und wer sich in diese Gleichheitsfiktion nicht einbeziehen lässt, ist nicht gleich und zählt somit nicht. Deswegen neigen besonders Linke zu irrationalen Reaktionen, wenn Tierrechtler „Menschen mit Tiere gleichsetzen“ oder wenn genetische Ungleichheiten auch innerhalb der Gattung Mensch angesprochen werden. Wer lässt sich schon gerne die Basis seiner Ethik rauben?

Wir Tierrechtler haben durch unseren weiteren Blickwinkel eine andere Sichtweise. Wir bemühen uns um Gerechtigkeit für alle Tiere, wohl wissend, dass Mensch und Katz und Maus nicht gleich geboren sind und auch durch gleiche Umwelt nicht gleich gemacht werden können. (Dr. Holger Schleip, Birkenfeld)

Leserbrief zu „Die Tierbrüder sind wieder da“ (ZeitenWENDE Ausgabe 40)

Ich möchte mich an dieser Stelle dafür bedanken, dass der Dezember-Ausgabe 2010 das Büchlein „Die Tierbrüder“ von Edgar Kupfer-Koberwitz beigelegt war – bedanken zum einen bei Bernd Höcker, der es neu auflegte, und zum anderen bei Stefan Bernhard Eck, der es den Mitgliedern als Geschenk vermittelte.

Bei der Lektüre wurde ich in besonderer Weise dazu angeregt, über die Gründe nachzudenken, die Menschen bewegen, vom Fleischessen Abstand zu nehmen: Da sind diejenigen, bei denen die eigene Gesundheit im Vordergrund steht; immerhin weiß man inzwischen, dass der Fleisch-Konsum für Herz-Kreislauf-Krankheiten, Bluthochdruck, Krebs usw. mitverantwortlich ist.

Nicht wenigen vergeht der Appetit auf Fleisch, wenn Horrormeldungen einmal wieder die Runde machen – man denke nur an diverse „Gammelfleisch“-Skandale oder an die BSE-Krise, als das Essen von Fleisch regelrecht lebensgefährlich wurde. In beiden Fällen geht es um eine egoistische Motivation, denn das Verschonen von Tierleben spielt bei diesen Zeitgenossen keine Rolle. Und zweifellos fallen sie nur allzu schnell wieder in alte Gewohnheiten zurück.

Ganz anders sieht es hingegen aus, wenn man sich aus ethischen Gründen entschließt, kein Fleisch mehr zu essen! Man folgt dann der Einsicht, dass der Mensch nicht das Recht hat, seine „Tierbrüder“ zu morden. Und damit bin ich dann wieder bei dem Buch-Geschenk, über das ich mich so gefreut habe. Ich kann nur empfehlen, es zu lesen und – gegen eine geringe Spende – weitere Exemplare zum Verschenken bei der Bundesgeschäftsstelle zu bestellen. Ich bin überzeugt: Diese bewegende Lektüre macht einem den „Abschied vom Fleisch“ so leicht wie kaum eine andere. (Jürgen Michaelis, Hildesheim)

Leserbrief zu ZeitenWENDE Ausgabe 40

Ich bin seit rund 6 Monaten Parteimitglied und erhielt von dem Bundesvorsitzenden Stefan Eck einige Ausgaben der Zeitenwende per Post zugeschickt. Ich bin begeistert von der Vielfalt der Themen und der Sachkompetenz der Autoren. Die Arbeit, die in diesem Parteimagazin steckt, kann man nur erahnen. Die Zeitenwende ist so professionell gemacht, dass sie keinen Vergleich mit ähnlichen Magazinen zu scheuen braucht. Schade, dass man die „ZW“ nicht auch am Kiosk kaufen kann; sie würde sicherlich dem einen oder anderen Leser, der noch kein Parteimitglied ist, die Augen öffnen. Was mir besonders zu Herzen ging, als ich die Ausgabe 40 der Zeitenwende gelesen hatte, war der Artikel über das unverminderte Leiden der Mastkaninchen. Seit mehr als einem Jahrzehnt hält meine Tochter in einem großen Freigehege (im Sommer) und in einem beheizten Raum (im Winter) mehrere dieser sensiblen Tiere. Das Wissen, dass diese Tierart noch immer in Batteriekäfigen gehalten werden darf, ist geradezu unerträglich. Es muss sich unbedingt etwas ändern! (Klaus Löscher, Treuen)

Katastrophenmeldungen im Zusammenhang mit „Irene“ und „Ilse“

Über Damen, die ins Gerede gekommen sind...

„Irene“ – der Hurrikan mit gigantischen Ausmaßen

US-Kongressabgeordnete Michele Bachmann - sie will für die Republikaner als Präsidentschaftskandidatin antreten - hat die wahren Ursachen des Hurrikans „Irene“ erkannt: ein Fingerzeig Gottes für Amerika. „Ich weiß nicht, was Gott noch alles tun muss, um die Aufmerksamkeit der Politiker zu bekommen“, sagte sie auf einer Veranstaltung ihrer Partei. „Wir hatten ein Erdbeben, und wir hatten einen Hurrikan. Er (Gott) sagte: „Hört ihr mir endlich zu? Hört auf das amerikanische Volk, weil das amerikanische Volk aufschreit. Es weiß, dass die Regierung einen Kurs krankhafter Fettleibigkeit fährt und dass wir die Geldausgeberei bändigen müssen.“ Dass mit dieser ultrakonservativen Politikerin die nächste Katastrophe heraufzieht, sollte sie Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika werden, dürfte sicher sein.

An der „Merkel-Truppe“ und ihrer Opposition ist „Irene“ spurlos vorbeigezogen; sie haben den Hurrikan in Berlin anscheinend gar nicht mitbekommen, weil ihr Fokus nur noch auf den Euro-Rettungsschirm und Westerwelles „Libyen-Debakel“ gerichtet war. Das Thema Klimawandel ist jedenfalls seit Monaten vom Tisch. Dabei hatte der Hurrikan gigantische Ausmaße - einen Durchmesser von über 850 Kilometern, was fast einem Drittel der Länge der US-Ostküste entspricht. Die Klimaforscher sind sich noch uneinig, ob diese ungewöhnliche Ausdehnung mit der Erderwärmung zusammenhängt. Eine Ursache dürfte allerdings darin liegen, dass das Wasser des Atlantiks bis fast vor New York aktuell über 26,5 Grad warm ist - und dies dürfte mit Sicherheit der ansteigenden Erwärmung der Erde zuzuschreiben sein.

Mit Ansichten wie der von der Kongressabgeordneten Michele Bachmann und der Vogel-Strauß-Politik unserer Regierung werden wir die Klimaerwärmung wohl kaum in den Griff bekommen, und wir dürfen uns schon heute auf die nächsten Katastrophenmeldungen vorbereiten...

„Ilse“ – Aigner und ihr Tierschutzbericht 2011

Die Bundesregierung hat Ende August ihren aktuellen Tierschutzbericht 2011 veröffentlicht und zieht eine positive Bilanz

für den Zeitraum 2007 bis 2010. Deutschland sei „ein Ort der Innovation und des Fortschritts“ in Sachen Tierschutz. Dies ist Volksverdummung vom Feinsten!

Hervorgehoben wird beispielsweise die Hennenhaltung in der sogenannten „Kleingruppenhaltung“, die ebenso tierquälerisch ist wie die früheren Batteriekäfige, und auch bei Bodenhaltung kann keinesfalls von tiergerechter Haltung die Rede sein. Die von Wissenschaftlern vielfach kritisierte „Kleingruppenhaltung“ soll durch eine entsprechende Verordnung der Bundesministerin Aigner noch bis zum Jahr 2035 möglich sein. Die Besatzdichte für Masthühner wurde durch die Anpassung an EU-Standards erhöht; weniger Platz für die Hühner, höhere Profite für die Betriebe. So sieht Fortschritt in Sachen Tierschutz aus! Die Bundesregierung preist ihre Bemühungen um tierversuchsfreie Verfahren an, aber zugleich steigen die Tierversuchszahlen; im Jahr 2005 wurden rund 2,4 Millionen Versuchstiere in deutschen Laboren „verbraucht“, 2009 waren es fast 2,8 Millionen. Ein EU-weites Einfuhrverbot für Hunde- und Katzenfelle sowie für Robbenpelz-Produkte sei erreicht worden. Dass dies nicht das Verdienst der deutschen Regierung ist, sondern der EU, wird wohlweislich verschwiegen.

Verschwiegen wird auch, dass die politische Umsetzung eines entsprechenden Bundesratsbeschlusses zum Wildtierverbot in Zirkussen seit Jahren konsequent von der CDU blockiert wird, sich nichts bei der betäubungslosen Ferkelkastration geändert hat, die Schweine weiterhin in qualvoller Enge in ihren eigenen Exkrementen dahingevegetieren und nach wie vor Millionen von Mastkälbern in Batteriekäfigen gehalten werden dürfen.

„Der Tierschutzbericht der Bundesregierung ist ein blumig artikuliertes Dokument des Versagens unserer Marionetten-Politiker, die am Nasenring der Global-Lobbyisten geführt, im Elfenbeinturm auf wohl-dotierten Sesseln in Berlin residieren. Nicht mehr und nicht weniger ist dazu festzuhalten“, schreibt Ulrich Dittmann (Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.) und hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen.

Ilse Aigner ist eine Katastrophe für den Tierschutz, aber wir sind ja mittlerweile durch Funke, Seehofer & Co. an Katastrophen gewöhnt...

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



Foto: aboutpixel.de/Schneeeule © Markus Oelhof

„Wir steuern auf den Abgrund zu. Aber da man weiß, wie ungern wir Menschen etwas ändern, wird diese Gesellschaft wohl kaum vor dem Abgrund bremsen wollen ...“

Vicco von Bülow, deutscher Karikaturist, Schriftsteller, Regisseur und Schauspieler (1923 - 2011)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

Tansania baut keine asphaltierte Straße durch die Serengeti

Auf der im Juni 2011 in Paris tagenden UNESCO-Konferenz hat sich die tansanische Regierung gegen den Bau einer asphaltierten Straße durch die Serengeti ausgesprochen. Diese 55 Kilometer lange Straße mitten durch das UNESCO-Weltnaturerbegebiet, um die Infrastruktur Tansanias zu verbessern, hätte auf die alljährliche Wanderungen der Tiere in der Trocken- und Regenzeit fatale Folgen gehabt. Der Serengeti-Nationalpark ist das größte geschützte Grasland- und Savannen-Ökosystem der Welt. Neben zwei Millionen Huftieren beherbergt das Gebiet das größte Raubtiervorkommen der Erde und mehr als 450 Vogelarten.

(Quelle: Nabu)

Teilerfolg bei Botox-Tierversuchen

Die Firma Allergan hat Ende Juni 2011 von der amerikanischen Gesundheitsbehörde eine Zulassung für eine Zellkulturmethode zur Testung ihrer Produkte Botox und Botox Cosmetics erhalten. Eigenen Angaben zufolge können so 95% ihrer Tierversuche eingespart werden. Angaben über die konkrete Anzahl der Tiere macht die Firma jedoch nicht.

Auch bezieht sich die Zulassung nur auf Allergan und die USA. Dieser Teilerfolg zeigt, dass konstante Kampagnenarbeit zum Erfolg führt. Umso wichtiger ist es nun, den Druck auf die Politik und die Hersteller nicht abreißen zu lassen und ein weltweites Verbot der Botox-Tierversuche zu fordern.

(Quelle: Newsletter 11.07.2011 Ärzte gegen Tierversuche)

Autobahn wegen einer Eule gesperrt

Die A 73 wurde am 21. Juli 2011 kurzfristig gesperrt, weil eine leicht verletzte Eule auf der Überholspur von der Polizei ausgemacht wurde. Umgehend leiteten die Beamten eine Sperrung der Autobahn ein. Die Eule überlebte!

(Quelle: Freie Presse/22. Juli 2011)

Verbot von Pferde-Brandzeichen Ende 2012

Die Kennzeichnung von Pferden mit schmerzhaften Brandzeichen soll Ende nächsten Jahres verboten sein. Bis November 2012 werde die bisherige Ausnahme im Tierschutzgesetz gestrichen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Gerd Müller (CSU), im Bundesrat. Neue Mikrochips sollen europaweit den Schenkelbrand ablösen.

(Quelle: proplanta/11.07.2011)

Veganer Supermarkt „VEGANZ“ in Berlin eröffnet

Das VEGANZ in der Schivelbeiner Str. 34, verkehrstechnisch sehr gut gelegen nahe dem S-Bahnhof Schönhauser Allee, feierte am 23. Juli 2011 seine Eröffnung. Es wartete mit ca. 6 000 Bio- und fair gehandelten Produkten von mehr als 70 Firman aus aller Welt auf. Angeschlossen ist ein gemütliches Café/Bistro mit köstlichen veganen Torten, Kuchen, Cupcakes, Bagels, Softis u.v.m. !

(Quelle: Albert Schweizer Stiftung/22. Juli 2011)

EU-Vogelschutzrichtlinie verbietet jede Art von Vogelfang

Die EU-Kommission hat ein Verfahren gegen den Inselstaat Malta wegen der Verletzung der EU-Vogelschutzrichtlinie eingeleitet. Hintergrund ist der immer noch erlaubte Fang von Singdrosseln, Wachteln, Turteltauben und Goldregenvögel, die im Herbst als lebende Lockvögel für die Jagd mit riesigen Klappnetzen gefangen werden dürfen. Diese Fanggenehmigung widerspricht der EU-Vogelschutzrichtlinie, die klipp und klar jede Art von Vogelfang verbietet. Ein EU-Sprecher sagte der maltesischen Tageszeitung „Times of Malta“ ohne Umschweife: „Das ist ganz offensichtlich nicht erlaubt und wird von Brüssel nicht genehmigt werden.“

(Quelle: Vogelschutz-Newsletter 25/2011)

Hoffnung für Brasovs Hunde: Bürgermeister schließt städtisches Hundelager „Stupin“ in Rumänien

Grund zur Freude beim Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V. (bmt) und TASSO e.V.: Nach jahrelangen Bemühungen soll das städtische Tierheim von Brasov, in dem in den letzten Jahren über 30 000 Hunde bestialisch getötet wurden oder langsam verhungerten, zum 30. September endlich geschlossen werden. Der Bürgermeister legt die Verantwortung für alle Straßenhunde der Stadt in die Hände von Christina Lapis, einer Rumänin, die vor Ort seit Jahren unermüdlich an der Seite des bmt für die „Streuner“ kämpft. Bei aller Freude stehen die Tierschützer jetzt vor einer riesigen Herausforderung: Die 320 Hunde des städtischen Tierheims müssen zunächst in das Tierheim von Christina Lapis umsiedeln, das mit 500 Hunden bereits seine Kapazitätsgrenzen gesprengt hat. Deshalb sollen so viele Hunde wie möglich von dort nach Deutschland vermittelt werden, um bei Christina Lapis Platz für die Hunde aus dem städtischen Tierheim zu schaffen. Bitte von TASSO und bmt: Wer sich mit dem Gedanken trägt, einen Hund nach Hause zu holen, möge sich doch auf www.bmt-tierschutzzentrum.de umschauen. Dort warten viele vierbeinige Rumänen auf ein neues, liebevolles Zuhause. (TASSO-Newsletter 19.07.2011)

Schweizer „Käse“-Hersteller gewinnt PETAs „Progress Award 2011“

Der Schweizer „Käse“-Produzent „Vegusto“ stellt „Käse“ ganz ohne Milchbestandteile her. Den rein pflanzlichen „No Muh Chäs“ gibt es in unterschiedlichen Varianten, wie Kräuter, Walnuss oder würzig. Mit „No Muh Chäs“ werde vielen Menschen, die nicht auf den Geschmack von Milch-Käse verzichten möchten, der Übergang zu einer rein pflanzlichen Ernährung erleichtert. Außerdem erspart „No Muh Chäs“ unzähligen Kühen in der Milchwirtschaft lebenslange Qualen, lobt PETA Deutschland. Deshalb verleiht die Tierrechtsorganisation „Vegusto No Muh Chäs“ jetzt den „Progress Award 2011“ in der Kategorie „Leckerster tierfreundlicher „Käse“.

(Quelle: Tierschutznews/21. Juli 2011)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++